



## Inhalt

### Transnationale Frauenbewegungen und Global Governance

Christa Wichterich

<b>Einleitung</b>	2
<b>Begriffliche Annäherung</b>	2
<b>Erste Phase: von der Konfrontation zur Solidarisierung</b>	2
<b>Verständigung durch Auseinandersetzung</b>	4
<b>Zweite Phase: von der strategischen Verschwisterung zum professionellen Lobbying</b> <i>Veränderte Rahmenbedingungen</i>	6
<b>Sammelbewegung und strategische Identitätsbestimmung</b>	8
<b>Neuer Akteurstypus</b>	9
<b>Referenzklammer Frauen-/Menschenrechte und die Moralisierung von Politik</b>	11
<b>Strukturwandel multilateraler Politik</b>	12
<b>Erfolgsstrategien der Partizipation</b>	13
<b>Höhepunkt und Gegenwind</b>	16
<b>Ambivalenzen der Partizipation, Dilemmata der Integration</b>	17
<b>Dritte Phase: Bedeutungsverlust und Neu-Orientierung</b>	20
<b>Bilanz nach 30 Jahren</b>	21
<b>Neue Bewegungsansätze und Globalisierung von unten</b>	23
<b>Resümee</b>	26
<b>Fragen zum Text</b>	28
<b>Literatur</b>	28
<b>Links</b>	33
<b>Über die Autorin</b>	34
<b>Weitere Veröffentlichungen</b>	34



Christa Wichterich

## Transnationale Frauenbewegungen und Global Governance

Die Politik des Möglichen zwischen Emanzipation, Selbstregulierung und Anpassung

### Einleitung

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung durch den Kollaps der sozialistischen Systeme entstand in der internationalen Politik ein Interesse, globale Steuerungs- und Regulierungsregime für weltweit vorfindbare soziale, ökonomische und ökologische Probleme zu entwickeln. In den 1990er Jahren entwickelten sich beim Aufbau solcher multilateraler Regime von *Global Governance* neue Formen internationaler Politik unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Kräfte. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Bewegungen sahen in der Öffnung multilateraler Aushandlungsprozesse die Möglichkeit, ihre Ausgrenzung oder Randständigkeit in internationalen Politikprozessen zu überwinden und sich als politisch handlungsfähige Akteure zu profilieren. Dies galt in besonderem Maße für Frauenorganisationen und -netzwerke, die die Gelegenheit nutzten, um strategisch zu intervenieren und Frauen- und Genderthemen auf die multilaterale Tagesordnung zu setzen. In diesem Kontext konstituierte sich eine neue internationale Frauenbewegung, die sich zielgerichtet vor allem bei den großen UN-Konferenzen zu entwicklungs-, sozial- und umweltpolitischen Themen als „*global women`s lobby*“ (Alvarez) einen Namen machte und bemerkenswerte Aufmerksamkeits- und Thematisierungserfolge erreichte. Auf dem Höhepunkt dieses Prozesses Mitte der neunziger Jahre sah sie sich als „Nukleus der internationalen Zivilgesellschaft“ (Lachenmann 1996).

Der Aufbau, der Aufstieg und die Perspektiven dieser neuen transnationalen Frauenbewegung lassen sich entlang einer 30jährigen Achse großer UN-Konferenzen analysieren. Ihren Beginn markiert die 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1975, ihr vorläufiges Ende setzte die Peking+10-Konferenz in New York 2005. Diese 30jährige internationale Politik- und Bewegungsgeschichte lässt sich grob in drei Phasen einteilen:

- die konfliktreiche Phase der Selbstorganisation und des Aufbaus internationaler netzwerkgestützter Kooperation seit den 1970er Jahren,
- die Erfolgsphase der Formierung einer internationalen Frauenrechtsbewegung und ihrer Ein-

flussnahme auf verschiedene *Global Governance* Regime seit Beginn der 1990er Jahre,

- schließlich seit Ende der 1990er Jahre die Phase der Erosion bzw. Neuorientierungen transnationaler Frauenbewegungen mit der Fokusverlagerung auf andere Themen, auf andere globale Akteure und Foren.

Die Entwicklung dieser neuen internationalen Frauenbewegung wird im folgenden aus der Perspektive von drei Forschungsansätzen dargestellt: mit dem soziologischen Erkenntnisinteresse politischer Akteurs- bzw. neuer sozialer Bewegungsforschung, mit dem feministischen und geschlechterpolitischen Erkenntnisinteresse an emanzipatorischen Themen und Strategien internationaler Frauen- und Genderpolitik, und mit einem politikwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse an multilateralen Politiken und *Global Governance* Regimen. Dabei liegt der Fokus auf der Prozesshaftigkeit, der Entwicklung und Veränderung von Akteurinnen, Themen, Handlungsstrategien und Rahmenbedingungen von internationaler Frauenpolitik.

### Begriffliche Annäherung

In feministischen Diskursen und wissenschaftlicher Forschung konkurrieren verschiedene Begriffe, um die im Folgenden als „Frauenbewegung“ bezeichnete Mobilisierung und Vernetzung von Frauen und ihren Organisationen im Umfeld der Vereinten Nationen zu definieren. Die Adjektive „international“, „global“ und „transnational“ fokussieren unterschiedliche Aspekte und werden nicht einheitlich verwendet (Naples/Desai 2002:5). „International“, z. B. in internationalen Beziehungen, bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Nationen bzw. den Zusammenschluss nationaler Organisationen. Dagegen akzentuiert der Begriff „transnational“ das grenz- und nationale Besonderheiten Überschreitende (Marx Ferree 2007), während der Begriff „global“ umfassend sowohl die Mikro- als auch die Makro-Ebene von Politik und Wirtschaft einschließt (Ruppert 2002).

Der Begriff der Frauenbewegung wurde vor dem Hin-



tergrund einer zweifelhaften kollektiven Identität dieser Fraueninternationale insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext immer wieder in Frage gestellt. Dabei ging es um die Frage, inwieweit überhaupt von einer grenzüberschreitenden Frauenbewegtheit gesprochen werden kann. Handelt es sich wirklich um *eine* Bewegung im Sinne eines kollektiven Handlungssubjekts, um viele Bewegungen oder auch nur um ein buntes Sammelbecken, eine „kreative Kakophonie“ (Manuel Castells) individualisierter und vernetzter Frauenpower, die Verschiedenes verband, aber nicht zwangsläufig eine kollektive Identität?

Robin Morgan sprach bereits 1984 von der „internationalen Frauenbewegung“ und fügte hinzu: „Sisterhood is global“. Aus der Perspektive des westlichen Feminismus sah sie in der Bewegung eine neue „weltweite politische Kraft“ mit einer „gemeinsamen Weltsicht“ als Folge einer „gemeinsamen Ausgangslage“. Peggy Antrobus benutzt und problematisiert die Rede von einer „globalen Frauenbewegung“ dagegen aus der Perspektive einer Aktivistin aus dem Süden und verweist auf die Vielfalt in der Einheit, wenn sie umschreibt, dass die Bewegung „... was formed out of many movements shaped in local struggles and brought together in the context of global opportunities and challenges“ (2004:2).

Seit den 1990er Jahren vermeiden einige Politik- und Bewegungsforscherinnen allerdings auch den Begriff Bewegung zunehmend und benutzten spezifischere Begriffe wie „*transnational advocacy networks*“ (Keck/Sikkink), „*transnational feminist practices*“ (Grewal/Kaplan), „*global feminist advocacy*“ (Charckiewicz), „*transnational feminist solidarities*“ (Naples/Desai), „*global moral entrepreneurs*“ (Keck/Sikkink) oder „*global women's lobby*“ (Alvarez).

Die kontroversen Diskurse über das Konzept von Bewegungsidentität werden vor dem Hintergrund der konfliktreichen Entstehungsgeschichte der neuen internationalen Frauenbewegung verständlich. Als „neu“ wird die in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. aus neuen nationalen Frauenbewegungen heraus entstandene internationale Frauenbewegung bezeichnet, um sie von den „ersten“ nationalen und internationalen Frauenbewegungen des 19. und beginnenden 20. Jhs. zu unterscheiden. Dabei setzten sich Strömungen der ersten internationalen Frauenbewegung wie z.B. die Kämpfe

für politische Partizipation, für Frieden, für soziale Gerechtigkeit ebenso wie die Kontroverse um liberale, gleichstellungsorientierte Konzepte versus radikale, sozialistische und autonome Ansätze in veränderter Form in der neuen Bewegung fort.

Der Charme des Begriffs „neue internationale Frauenbewegung“ liegt in der historischen Kontinuität und Analogiebildung zu ihrer Vorgängerin, präziser erfassen aufgrund der oben ausgeführten begrifflichen Besonderheiten allerdings die Begriffe globale und transnationale Frauenbewegung das eigentlich Neue der Bewegung.

### **Erste Phase: von der Konfrontation zur Solidarisierung**

Die Ära der neuen Frauenpolitik bei den Vereinten Nationen war durch zwei sich positiv verstärkende und gegenseitig vorantreibende Wechselbeziehungen charakterisiert: zum einen durch diejenige zwischen der nationalen, regionalen und internationalen Ebene und zum anderen durch diejenige zwischen zivilgesellschaftlicher Bewegung und institutionalisierter Politik. Der Vorstoß von Frauen, Beteiligung an multilateraler Politik einzufordern, war zunächst eine Reaktion auf konkret stattfindende Ausschlüsse und Diskriminierungen.

Auf Druck der neuen Frauenbewegung in den USA und Europa, aber auch aufgrund der Feststellung, dass Frauen als Handlungssubjekte in den entwicklungspolitischen Programmen der UN nahezu völlig ausgeblendet waren, schlug die *Commission on the Status of Women* (CSW) bei den Vereinten Nationen 1970 vor, das Jahr 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau“ zu erklären. (Pietilä 2002). Damit trug die UN-Vollversammlung zudem der Problematik Rechnung, dass neue politische Lösungskonzepte und Akteure zur Bewältigung von strukturellen Problemen der Entwicklung, vor allem der Armut, der Ernährung und des damals öffentlich stark dramatisierten Bevölkerungswachstums notwendig waren (Pietilä 2002). Aus dem „Jahr der Frau“ wurde ein Jahrzehnt, und die drei UN-Konferenzen, die Anfang, Halbzeit und Ende der Frauendekade markierten, wurden zum politischen Handlungsfeld, auf dem sich neue transnationale Beziehungen und Organisationsprozesse von Frauen entwickelten. Zwei Diskurse verschoben sich



dabei ineinander und bildeten den Rahmen für Frauenpolitik: zum einen die Diskriminierung von Frauen bzw. von Weiblichkeit und zum anderen das Paradigma der nachholenden Entwicklung. Die entwicklungspolitische Programmatik von „Women in Development“ (WID) strebte auf der Grundlage von Mangelanalysen eine „Integration“ von Frauen in die als ökonomische und soziale Modernisierung definierte Entwicklung an (Saunders 2002:1ff).

Die Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko war die erste internationale Regierungskonferenz, die Frauenthemen und politische Probleme aus Frauensicht zum Gegenstand hatte. Sie hatte damit zuallererst die Funktion, frauenpolitische Forderungen zu legitimieren und international öffentliche Akzeptanz für die Themen zu schaffen. Allerdings stand sie ganz unter dem Einfluss der ideologischen Systemkonkurrenz des Kalten Krieges, geopolitischer Frontstellungen und der nachholenden Entwicklungsansprüche der entkolonisierten Länder des Südens.

Die Doppelstruktur von Regierungskonferenz und dem parallel stattfindenden Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) setzte paradigmatisch das Format für dieses politische Handlungsfeld: bei den Regierungsverhandlungen ging es um die Institutionalisierung von Politik auf der multilateralen Ebene durch die Formulierung politischer Erklärungen, völkerrechtlich verbindlicher Konventionen und von Aktionsprogrammen als Handlungsanweisungen an die Regierungen. Die NGO-Foren dienten parallel als Plattformen zur internationalen Selbstorganisation und –verständigung zivilgesellschaftlicher Kräfte, von unterschiedlichen Ansätzen und Strömungen. Der Bogen der sich zwischen den NGO-Foren der drei Weltfrauenkonferenzen zwischen 1975 und 1985, spannt, ist der eines Aufbruchs von der Konfrontation zur Solidarisierung.

### **Verständigung durch Auseinandersetzung**

In Mexiko begann ein höchst konfliktreicher Orientierungs- und Selbstorganisationsprozess von Frauengruppen aus allen Kontinenten und Kulturen (Wichterich 1995; Ruppert 1998:14f; Neuhold 2000). Trotz regen Informations- und Ideenaustauschs führten unterschiedliche Prioritätensetzung und der Führungsanspruch westlicher Feministinnen zu Spannungen und

Kontroversen, die Unterschiedlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten nationaler und regionaler Frauenbewegungen reflektierten. Die Aufteilung in drei regionale und politische Lager wurde entsprechend der drei Oberthemen der Konferenz bekräftigt: Gleichheit wurde den westlichen Feministinnen zugeschrieben, Entwicklung den Frauen aus dem Süden, Frieden den sozialistischen Ländern.

Feministinnen aus dem Norden leiteten ihren Führungsanspruch aus einer kurzschlüssigen Übertragung der kollektiven Geschlechtsidentität, die sie in ihren neuen Frauenbewegungen konstruiert hatten, auf Frauen des Südens ab. Sie unterstellten essentialistisch ein weltweit strukturgleiches Patriarchat und universelle Strukturen männlicher Macht- und Gewaltausübung sowie weiblicher Opfererfahrungen (Mohanty 1988, Lenz 1996). Frauen aus dem Süden blockten in Mexiko 1975 diesen universalistischen Repräsentationsanspruch von autonomen wie auch liberalen gleichheitsorientierten Feministinnen aus dem Norden schlichtweg ab. Verletzt darüber, dass eigenständige Frauenbewegungen in den anti-kolonialen Kämpfen und in den post-kolonialen Staaten ignoriert oder lediglich als Ausdruck westlich geprägter Modernisierung definiert wurden, bestritten sie eine kollektive Identität und verweigerten einen Konsens (Desai 2002:28).

Soziale Ungleichheit war für sie bestimmender als eine kollektive Geschlechtsidentität. Den alten Klassegegensatz der ersten Frauenbewegungen zwischen proletarischer und bürgerlichem Lager brachte Domitila Barrios de Chungaras, Ehefrau eines bolivianischen Minenarbeiters, mit ihren zu Berühmtheit gelangten Fragen an eine Frau aus der mexikanischen Elite auf den Punkt: „Sagen sie mir bitte, Señora, hat Ihre Lage Ähnlichkeit mit der meinen? Über welche Gleichheit werden wir reden? Scheint es Ihnen nicht so, dass wir im Augenblick, auch als Frauen, nicht gleich sein können?“ (Viezzler 1985:241, Neuhold 2000).

Auch auf der zweiten Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen ließ sich Strittiges zunächst leichter identifizieren als Verbindendes. Gleichzeitig nutzten Politik und Medien die aufgebrochenen Differenzen, um zu spalten und den „Schwesternstreit“ zu schüren. So wurde der westliche Feminismus vor allem auf Körperpolitik reduziert und als Befindlichkeit von Mittelschichtsfrauen denunziert. Die Gegensätze in den Frauenbewegun-



gen brachen paradigmatisch auf, als US-amerikanische Feministinnen auf das Thema Genitalverstümmelung fokussierten und Afrikanerinnen dies mit dem Verweis auf die notwendige Beschäftigung mit der Weltwirtschaftsordnung und Imperialismus einerseits und mit dem Postulat der Nicht-Einmischung und ihrer frauenpolitischen Souveränität andererseits ablehnten (Rowhani 1986).

Trotzdem hatten die NGO-Foren eine große Bedeutung für die Artikulation und Thematisierung, für die Sichtbarmachung, den Austausch und die wachsende Verständigungsbereitschaft von Frauen mit sehr unterschiedlichen Problemen, Lebens- und Arbeitswelten und Perspektiven. Dies galt sowohl für die transkontinentale Nord-Süd-Kommunikation als auch für die regionale Kooperation. Die peruanische Feministin Virginia Vargas berichtet, dass Frauen aus den verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Exil-Lateinamerikanerinnen aus Europa sich bei der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen „zum ersten Mal als lateinamerikanische Gruppe entdeckten“ (Vargas 1994) und in der Folge feministische Treffen im Subkontinent organisierten.

Bei der Konferenz in Nairobi 1985 traten erstmals Frauen aus dem Süden, vor allem das neu gegründete Netzwerk DAWN (*Development Alternatives for Women for a New Era*), das Frauen aus dem Norden ausschloss, als themensetzend, diskursführend und visionär auf. DAWN lieferte die Schlüsselformel zur Überwindung der alten Polarisierungen: „Feminismus kann nicht monolithisch in seinen Themen, Zielen und Strategien sein. Es gibt und muss eine Vielfalt von Feminismen geben“ (DAWN 1985:13). Wendy Harcourt bezeichnet sie als „polyversale Feministinnen“ im Gegensatz zu den Feministinnen aus dem Norden, die teils essentialistische Positionen vertraten oder sich über bestimmte Standpunkte oder Strömungen wie liberalen, sozialistischem, radikalem oder Öko-Feminismus definierten und häufig autonome und institutionelle Ansätze als einander abschließend betrachteten (Harcourt 2006:3).

Das von DAWN vorgestellte *Empowerment*-Konzept entwarf für die folgenden Jahre eine strategische Perspektive: kritisch gegenüber dem hegemonialen Konzept nachholender Entwicklung stellte es die Machtfrage neu: zwischen den Geschlechtern, innerhalb einzelner Gesellschaften und zwischen den Nationen und Machtblöcken. Selbstorganisation von Frauen, von der

Basis- bis zur internationalen Ebene, wurde dabei zentrale Strategie der Machtbildung betrachtet (DAWN 1985, Saunders 2002:11ff).

Strukturanpassung, atomare Bewaffnung, Umweltzerstörung und neue Technologien verschränkten augenscheinlich die Problemlagen von Frauen auf globaler Ebene und erzeugten Erfahrungsklammern. Davon ausgehend stellte sich die Frage nach den Gemeinsamkeiten wie auch die Frage transnationalen kollektiven Handelns neu. Auf diese Weise wirkte das NGO-Forum in Nairobi als Antriebsfeder für die Gründung einer Vielzahl transnationaler thematischer Netzwerke, die Süd- und Nordfrauen verbanden. Am Ende der Konferenz dominierte eine wechselseitige Akzeptanz und Bündnisbereitschaft auf der Grundlage: „Uns eint mehr, als uns trennt“.

Zwar war 1985 der Optimismus des Dekadenanfangs über die rasche Institutionalisierung von Frauenpolitik bei den Vereinten Nationen angesichts negativer Bilanzen verfliegen. Stattdessen aber ging von dem NGO-Forum in Nairobi ein neues Bewusstsein kollektiver Stärke durch transnationale Vernetzung und transkulturelle Verständigung aus. Manisha Desai sieht dies als „den Durchbruch für transnationale Solidaritäten“ (Desai 2002:29; Wichterich 1995, Schunter-Kleemann 1987, Tesfa 1986). Aus der Perspektive der Südfrauen bilanziert Peggy Antrobus stolz: „*women did what our governments were unable to do: women of the South did succeed in changing the terms of the debate as well as get women of the North to adopt our analysis.*“ (APDC 1992:9)

Im Rückblick erscheinen die drei NGO-Foren als Kristallisationszentren eines nach kollektiven Identitäten suchenden Kommunikationsprozesses, in dem Frauen aus allen Kontinenten lernten, Querschnittsthemen zu identifizieren und Fäden zu verknüpfen, mit ihren Differenzen umzugehen, Debatten zu internationalisieren und Konfrontationen konstruktiv zu bearbeiten. Nach innen fungierten sie als Meilensteine einer Selbstverständigung und autonomen Selbstorganisation und damit als eine sukzessive Bündelung unterschiedlicher Stränge und Strömungen. Ergebnis war weltweit eine beachtliche nationale und transnationale Mobilisierung, eine Ausweitung der Bewegungen wie auch der Themen. Die Grundlage für diese neuen Vernetzungen war die Logik der Solidarisierung.



Nach außen, gegenüber den Regierungskonferenzen und der Öffentlichkeit, hatten die NGO-Foren vor allem die Funktion, Sichtbarkeit herzustellen und Themen zu benennen. Allerdings entwickelten sich zwischen dem nicht-staatlichen und dem staatlichen Lager - und das war bei allen drei Konferenzen der Fall - nur wenig Interaktionen und Einmischungen. Greifbares Ergebnis der Regierungskonferenzen waren Aktionspläne und empfohlene Handlungsstrategien. Außerdem wurde 1979 von der UN-Generalversammlung die „Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen“ (CEDAW) verabschiedet, die das erste und bisher einzige normative Regelwerk zu Frauenrechten mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit ist. Innerhalb des UN-Systems wurden zwei frauenpolitische Institutionen eingerichtet, UNIFEM, der *UN-Development Fund for Women*, und INSTRAW, das *International Research and Training Institute for the Advancement of Women*.

## **Zweite Phase: von der strategischen Verschwisterung zum professionellen Lobbying**

### *Veränderte Rahmenbedingungen*

Als die bipolare Weltordnung Ende der 1980er Jahre kollabierte und sich gleichzeitig die globale Doppelkrise von Umwelt und Entwicklung verschärfte, entstand das Konzept von *Global Governance* (Roseneau/Czempiel 1992; Commission on Global Governance 1995). Es zielte darauf ab, Normen und Regelwerke zu suchen, die an die Stelle des ideologischen Systemwettbewerbs treten und ihn konstruktiv und konsensuell überwinden konnten. Das Ende der Blockkonfrontation und des kalten Krieges mit der daraus erhofften Friedensdividende speiste eine politische Gestaltungs- und Reformeuphorie, die die Vision eines globalen Regimes machbar erscheinen ließ.

Die Vereinten Nationen boten sich als supranationale Regulierungsinstanz an, um auf globale Probleme, die durch nationalstaatliche Steuerung allein nicht mehr zu bewältigen waren, globale politische Antworten zu suchen und Politiken auf der supranationalen Ebene neu zu erfinden. Wegen der weltumspannenden Umweltzerstörung wurde erstmalig der gesamte Planet als eine Polis, als ein einziger politischer Raum, betrachtet, der durch Regularien neu geordnet werden muss. Mit der Organisierung einer Serie großer Konferenzen

wollten die UN eine Plattform bereitstellen, um einen politischen, ökologischen und sozialen Ordnungsrahmen für die ökonomische Globalisierung auszuhandeln, gleichzeitig aber auch politische Akteursschaft und Partizipation in der global veränderten, politischen Machtlandschaft neu zu definieren. Im Zentrum der auszuhandelnden neuen Weltordnungspolitik stand die Erarbeitung einer globalen Umwelt-Governance durch effizientes Ressourcenmanagement, ein globales Sozialregime durch Optimierung der Armutsbekämpfung und eine Bevölkerungs-Governance als Fortpflanzungs- und Migrationsregulierung.

Die Ankündigung der Konferenzsequenz löste eine Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte, auch von Frauenorganisationen und -netzwerken aus. Anders als während der Frauendekade war der Prozess von Anfang an strategisch auf die Beeinflussung der institutionalisierten Politik ausgerichtet. Damit sollten die Demokratisierungsprozesse bzw. die „Vollendung der Demokratie“, in die Frauen sich auf nationaler Ebene in vielen Ländern eingebracht hatten, auf internationaler Ebene fortgesetzt werden (Taylor 2000). Frauenrechtlich betrachtet stand dies in der Kontinuität des schon Jahrhunderte laufenden Projekts, den Ausschluss von Frauen aus dem Politischen und aus der Zivilgesellschaft zu überwinden (Pateman 1988).

Unmittelbare Anknüpfungsprozesse waren in den Ländern des Südens und Ostens die Demokratisierungsschübe durch das Ende von Militärdiktaturen in Lateinamerika sowie durch Perestrojka in Osteuropa und Afrostrojka in Afrika. Diese Um- und Aufbrüche hatten Frauen als Chance genutzt, staatsbürgerliche Rechte für sich zu reklamieren, für eine neue politische Ethik und staatliche Rechenschaftspflicht zu kämpfen und sich in die Neuaushandlung von Verfassungen und politischen Institutionen einzumischen (Taylor 2000; Wee/Heyzer 1995:153).

Im Norden wollten Feministinnen den Staat nach Jahren der Kritik an seiner patriarchalen Verfasstheit nicht aus der Verantwortung für Rechtsgleichheit und sozialen Ausgleich entlassen, sondern ihn auf Anti-Diskriminierungsmaßnahmen und pro-aktive Gleichstellungspolitik verpflichten (Fraser 1996). Sie sondierten nach Finanzierungsmöglichkeiten ihrer Projekte durch den Staat, zum anderen aber auch politische Interventions- und Bündnisstrategien (vgl. Sauer 1998;



Goetz 1997). Die Entwicklungspolitik signalisierte Reformbereitschaft durch einen Paradigmenwechsel von *Women in Development* zu *Gender and Development*, der versprach, über die Defizitanalysen von Frauen und bloße Integrationsansätze hinauszugehen und strukturelle Zusammenhänge zwischen Geschlechterverhältnissen und Entwicklungsstrukturen zu thematisieren. Diese Faktoren ermöglichten und förderten einen strategischen Kurswechsel in den Handlungskonzepten zivilgesellschaftlicher Organisationen von „protest to proposal“, von der Kritik hin zu einem politisch konstruktiven Pragmatismus, zu einer Politik des Möglichen.

Der Konferenzmarathon zwischen 1992 und 1996 weckte gerade wegen seiner Kompaktheit Hoffnungen auf einen partizipatorischen Durchbruch von Frauen in der internationalen Politik. Leitendes Motiv war der Wunsch, an der statthabenden normativen Neubestimmung des Politischen auf multilateraler Ebene beteiligt zu sein und als weltbürgerliche Subjekte politikgestaltend zu agieren, das heißt bürgerlich-politische Rechte auch auf internationalem politischem Terrain wahrzunehmen (Turpin/Lorentzen 1996; Ruppert 1998). (Über-)optimistisch schätzte Saskia Sassen die Aufweichung nationalstaatlicher Souveränität und die Entstehung neuer internationaler Institutionen und Normen-

und Regelwerke sogar als Chance für den „Aufstieg von Frauen zu Subjekten des Völkerrechts“ ein (1998:201).

Die UN waren in diesem Kontext ein Hoffnungsträger als supranationale Rechtsetzungsinstanz: Die normativen Festlegungen auf der multilateralen Ebene sollten die Politiken und Rechtssysteme der Nationalstaaten unter Reformdruck setzen. Dabei wurde auf einen Schraubstockeffekt, durch den doppelten Druck von oben und unten gehofft, der durch die normsetzende Programmatik der UN auf der einen und durch nationale Frauenbewegungen auf der anderen Seite Wirkung zeigen sollte. Keck und Sikkink sprechen von einem Boomerang-Effekt transnationaler *advocacy*-Arbeit: Wo staatliche Institutionen auf nationaler Ebene den Einfluss zivilgesellschaftlicher Kräfte abblocken, können diese vermittelt über die transnational vernetzte Beeinflussung internationaler Politik Druck auf die eigene Regierung ausüben, die Reformblockaden aufzulösen (Keck/Sikkink 1998:12).

Gleichzeitig stellte die UN-Konferenzserie einen gemeinsamen Handlungsrahmen und -raum dar, der zivilgesellschaftliche und staatliche Kräfte in einen politischen Zusammenhang brachte. Genau dies bot die institutionelle Möglichkeit für den Aufbau einer neuen

### Dreiphasige Zeitschiene von UN-Konferenzen

UN-Frauendekade	UN-Konferenz-Serie	Bilanz Prozess
1975 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko	1992 „Erdgipfel“ Umwelt + Entwicklung in Rio de Janeiro	2000 Peking+5 in New York
1980 2. Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen	1993 Menschenrechte in Wien	2002 Weltgipfel zu nachhaltiger Entwicklung (Rio+10) in Johannesburg
1985 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi	1994 Bevölkerung und Entwicklung in Kairo	2005 Peking+10 in New York
	1995 Weltsozialgipfel in Kopenhagen	
	1995 4. Weltfrauenkonferenz in Peking	
	1996 Habitat in Istanbul	
	1996 Welternährungsgipfel in Rom	



internationalen Frauenbewegung. Diese Frauenbewegung, die sich um das Scharnier der UN-Konferenzen konstituierte, wird im Folgenden verstanden als ein politischer Handlungszusammenhang, der sich strategisch auf die Beeinflussung institutionalisierter Politik ausrichtete.

### **Sammelbewegung und strategische Identitätsbestimmung**

Auch am Anfang dieser neuen Epoche multilateraler Politik stand die Diskriminierung von Frauen als Motiv für Mobilisierung und gezielte organisatorische Bündelung zivilgesellschaftlicher Kräfte. Als bei den Vorbereitungen der Rio-Konferenz alte Mechanismen der Ausgrenzung von Frauen deutlich wurden, nahmen Aktivistinnen und Frauennetzwerke dies zum Anlass, die Frage von Exklusion und Inklusion in der internationalen Politikarena und die Frage nach politischer Macht durch Partizipation neu zu stellen. Insofern handelte es sich bei den folgenden Organisationsprozessen um eine *Self-Empowerment*-Bewegung gegen den Ausschluss von Frauen bei der multilateralen Aushandlung von *Global Governance* Regimen.

Das 1990 gegründete internationale Netzwerk WEDO (*Women's Environment and Development Organization*) wurde zur Schaltzentrale für die weltweite Mobilisierung und Zusammenführung von vielfältigen, parallel, aber oft unverbunden agierenden Organisationen, Netzwerken und Einzelaktivistinnen. WEDO war ein neuer Netzwerktypus: im Vorstand führende Aktivistinnen aus allen Kontinenten, das Büro in New York, betrieben von einem multi-kulturellen Team von – in der Mehrzahl – Migrantinnen, die politisch-strategische Kultur geprägt durch den US-amerikanischen, extrovertierten Politikstil der Gründerin Bella Abzug, einer früheren Kongress-Abgeordneten.

WEDO gelang das, was Keck/Sikkink als Muster erfolgreicher transnationaler Netzwerkarbeit analysieren: sie übernahmen eine Katalysatorrolle, um Frauen-NGOs weltweit über die bevorstehende Konferenz in Rio zu informieren, mit integrativem Impetus eine transnationale Sammlungsbewegung zu initiieren und auf ein erstes Ziel auszurichten, nämlich den *World Women's Congress for a Healthy Planet* 1991 in Miami. Auf diesem Kongress wurde ein „Vereinigungssymbol“ („*con-*

*ensation symbol*“, Keck/Sikkink 1998:181) durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Positionspapiers, der *Women's Action Agenda 21*, geschaffen. Auf dieser Grundlage begann ein neues Kapitel der Partizipation und der Einflussnahme von Frauen auf multilaterale Politik (Wichterich 1992).

Die *Women's Action Agenda 21* enthielt als Grundkonsens eine autonome Standortbestimmung und eine strategische Identitätsbildung von Frauen unterschiedlicher politischer, kultureller und organisatorischer Herkunft:

*„We, women of many nations, cultures and creeds, of different colors and classes, have come together to voice our concern for the health of the living planet.... As caring women, we speak on behalf of those who could not be with us, the millions of women who experience daily the violence of environmental degradation, poverty and exploitation of their work and bodies... We demand our right, as half of the world's population, to bring our perspectives, values, skills and experiences into policy making, on equal basis with men.... We remind the policy makers that the women of the world intend to participate in decisions made at UNCED and afterward about the fate of our Earth.“* (World Women's Congress 1991:16)

In dieser Aussage legitimiert sich anwaltschaftliche Politik als Stellvertretungspolitik, die „einige wenige Privilegierte“ ohne formal-demokratische Legitimation für die Millionen an der Basis machen. Mit der Konstruktion dieser „Wir“-Identität bildeten Organisationen und Individuen handlungs- und ergebnisorientiert eine Allianz, eine „strategische Schwesternschaft“, wie Bina Agarwal (1995) dies im Anschluss an den Begriff der „strategischen Gender-Interessen“ nannte. Es ging nicht um die Konstruktion einer homogenen oder hegemonialen Geschlechtsidentität, denn die Unterschiede zwischen Frauen, ihren feministischen Ansätzen und ihren Lebensverhältnissen waren höchst virulent. Vielmehr war diese Identitätspolitik eine Strategie, um auf Grundlage der Kategorie Geschlecht politisch artikulationsfähig und eingriffsmächtig in männlich dominierten Feldern internationaler Verhandlungspolitik auftreten zu können. Gleichwohl trifft der im Nachhinein z. B.



von Gayatri Spivak erhobene Vorwurf des „strategischen Essentialismus“ (vgl. zur Diskussion: Kerner 1999:48f), der bloß „imaginierten“ Identität oder der essentialistischen Naivität (Harcourt 2006:9) das zentrale Problem kollektiver Identitätsbildung und des Auftretens von Frauenorganisationen als politisches Kollektivsubjekt: Aus strategischen Gründen wird nach außen Einheit, Homogenität und Geschlossenheit demonstriert – trotz aller gewussten internen Differenzen.

Während WEDO die zentrale organisatorische Kraft dieses Prozesses war, wurden die Inhalte stark von dem Süd-Netzwerk DAWN und seinem alternativen Entwicklungskonzept bestimmt. Im Umfeld der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung waren es ökologische Themen in ihrer Globalität, nämlich Ressourcenerstörung und die existentielle Gefährdung des Lebens die eine Harmonisierungskraft hatten und eine Kooperationsdynamik auslösten. Die *Women's Action Agenda 21* entwarf auf der Basis einer gemeinsamen Problemanalyse und einer Kritik des „Modells des freien Marktes“ die Grundzüge einer feministischen Ethik, die eine Remoralisierung von Politik und Ökonomie forderte und einen umfassenden politischen Deutungszusammenhang für die in Rio de Janeiro verhandelte Umwelt- und Entwicklungskrise leistete. Die doppelte strategische Zielsetzung des Aktionsplans war auf geschlechtergleiche Partizipation im Prozess der Politikbeeinflussung ausgerichtet, die dann eine Transformation der ressourcenerstörenden Wachstumsökonomie bewirken sollte (Wichterich 1992, 2003a).

Die Konstruktion einer transnationalen Frauenbewegung mit einer strategisch auf die UN ausgerichteten kollektiven Identität war gewissermaßen gegenläufig zur Entwicklung vieler nationaler Frauenbewegungen, die im selben Zeitraum zunehmend fragmentierten und sich in Partikularinteressen und –identitäten aufspalteten. Es waren vor allem unterschiedliche Dominanzvorwürfe, die die in der nationalen Bewegungspolitik gebildeten kollektiven Geschlechtsidentitäten und die entsprechenden Grundkonsense aufbrachen: In den autonomen westlichen Frauenbewegungen war dies eine Rassismus- und Antisemitismuskritik, in Indien ein Ausklinken von Muslim- und Dalit-Frauen aus der Frauenbewegung der hegemonialen Hindu-Kultur, in Lateinamerika eine Distanzierung der Indigenas und schwarzen Frauen von den weißen und mestizischen Frauenbewegungen, sowie überall eine Abgrenzung

von Lesben gegen die heterosexuelle Dominanzkultur. So zersplitterten viele Bewegungen in eine Pluralität von Anerkennungs- und Identitätspolitikern. In diesem Kontext dezentralisierten sich die Protestbewegungen der Straßen und Plätze, die in den 1970er und 1980er Jahren teilweise Massen- und Basisbewegungen gewesen waren, in lokale Projekte, die themen- und akteurinnenspezifisch arbeiten.

### Neuer Akteurstypus

Die in Miami und bei den folgenden UN-Konferenzen versammelten Kräfte unterschieden sich deutlich von denen, die sich in Nairobi zur 3. Weltfrauenkonferenz getroffen hatte. Überall hatten Frauenbewegungen inzwischen die Straße als einen zentralen Handlungsraum verlassen und den langen Marsch hinein in die Institutionen angetreten, mit dem erklärten Willen von der Peripherie politischer Macht in deren Zentrum vorzustoßen. Aus Protestbewegungen waren Netzwerke von Projekten geworden, die sich zunehmend spezialisierten, professionalisierten und NGO-isierten. Hatten sie sich in den 1980er Jahren darauf konzentriert, Alternativen oder autonome Gegenmacht gegen staatliche Institutionen aufzubauen, so verlangten sie jetzt verstärkt institutionelle Partizipation und Machtteilhabe, um Politiken umgestalten zu können. Hatten sie sich zunächst durch Basisnähe legitimiert, so diente jetzt eher Staats- bzw. Institutionennähe als demokratische Legitimation.

Der diskursive Rahmen verschob sich zu Beginn der 1990er Jahre von dem Entwicklungsparadigma auf den Nexus von globalen Problemen und globalen Lösungen. In den Problemanalysen und Perspektivdebatten auf dem Kongress in Miami dominierte das Bewusstsein des Globalen die Diskurse wie nie zuvor.

Der Bezug auf das multilaterale Aushandeln eines globalen Regimes stellte einen integrativen gemeinsamen Handlungsrahmen für die unterschiedlichsten Frauengruppen weltweit dar. Es bildete damit ein Sammelbecken für multiple Feminismen und eine Klammer sowohl für Kräfte, die emanzipatorisch und herrschaftskritisch auf die Transformation gesellschaftlicher Strukturen und des neoliberalen Entwicklungsmodells zielten als auch für Gruppierungen, die gleichstellungsorientiert vor allem Partizipation und Überwindung der Dis-



kriminierung von Frauen anstrebten (Wichterich 1995, Ruf 1995, Wichterich 2000a). Auch radikalere und autonome Kräfte verband aufgrund der sich bei den UN öffnenden Gelegenheitsfenster die Einschätzung, dass in dieser historischen Situation durch kooperative Strategien und Verhandeln mehr zu erreichen wäre als durch konfrontative Methoden, die sich überlebt hatten. Gemeinsam war der politische Wille, sich artikuliert, advokatorisch und verhandlungsbereit auf die Regierungen und die UN zuzubewegen und in das Aushandlungsfeld gesellschaftlicher Interessen und Machtkonstellationen zu intervenieren. Dies bedeutet, dass im Unterschied zu den durch die Nairobi-Konferenz initiierten Netzwerken der Solidarisierung bei der Vernetzung in internationalen Politikfeldern nun eine Logik zielgerichteter transnationaler *advocacy* handlungsleitend war.

Entsprechend der transformatorischen Ziele, wie sie in der *Women's Action Agenda 21* formuliert waren, dominierte der Anspruch, zu Katalysatoren der Veränderungen, *change agents*, zu werden. Die so konstruierte transnationale Frauenbewegung war allerdings kein historischer Block, sondern ein bewegliches und dynamisches Netzwerk von Netzwerken, für das trotz aller strategischen Verschwisterung das Diktum von Saskia Wieringa gilt, dass „Frauenbewegungen nie nur mit einer Stimme gesprochen haben“ (1995:7).

Diese globale Frauenbewegung kann in mehrfacher Hinsicht als ein Resultat und ein Spiegelbild der Globalisierung betrachtet werden: 1) organisierte sie sich auf der Grundlage der weltweiten Angleichung von Problemlagen und Alltagswelten von Frauen, 2) formierte sie sich mit dem dezidierten Anspruch, an der Aushandlung globaler Regularien für die als global erfahrenen Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsprobleme teilzunehmen, 3) wäre sie ohne die globalen Informations- und Kommunikationsmedien und Transporttechnologien nicht handlungsfähig. E-Mail und Internet waren nicht nur Kommunikationsinstrumente und Handwerkszeug, sondern wurden zum eigenständigen Interaktionsterain, das die globale Frauenbewegung mitkonstituierte. Das Internet als politisches Handlungsfeld steht überdies für die Entgrenzung und Entterritorialisierung dieser transnationalen Frauenpolitik, 4) Bildung globaler Netzwerke wurde als die der Globalisierung in Politik und Wirtschaft adäquate Organisationsform und als zivilgesellschaftliche Antwort auf den Aufbau von *Global Governance* Strukturen und transnationalen Konzern-

strukturen betrachtet. Sie bilden das Knochengerüst der globalen Frauenbewegung (Wichterich 1996, Ruf 1996, Oxfam 1994, Moghadam 2005). Im Unterschied zu Organisationen korporatistischer Interessenvertretung bestehen transnationale *advocacy* Netzwerke – und dies trifft auf einzelne Teile wie auch auf das Gesamt der globalen Frauenbewegung zu – aus *“those relevant actors working internationally on an issue, who are bound together by shared values, a common discourse, and dense exchanges of information and services“*, wie Keck und Sikkink definieren. Ziel ist *„not only to influence policy outcomes, but to transform the terms and nature of debate“* (1998:2).

Charakteristisch für alle zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in den 1990er Jahren versuchten, sich in das Aushandeln der verschiedenen *Global Governance* Regime einzumischen, war eine Organisationsidentität, die sich aus politischer Bewegtheit und Expertise zusammensetzte (Wahl 1998). Typisch für die Frauen-NGOs und Netzwerke ist eine Kombination von feministisch-emanzipatorischem Aktivismus und Emphase einerseits und andererseits fachlicher und polit-technischer Professionalität. Sonia Alvarez nennt dies die hybride Identität von Frauenorganisationen, die gleichzeitig Teil einer Frauenbewegung sind und politische Institutionen beraten (Alvarez 2000).

Genau diese Verknüpfung von frauenpolitisch „lebensdienlichem“ Engagement, und spezialisierter Kompetenz, der Professionalisierung, machte die spezifische Anwaltschaft (*advocacy*) von Frauen aus (Wichterich 2001). Die Mischung legitimierte die *Global Women's Lobby* und erzeugte politische Glaubwürdigkeit und Akzeptanz von Seiten staatlicher Akteure und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte. Dies brachte der internationalen Frauenbewegung im UN-Kontext eine Sympathiewelle der Medien ein, die ihnen öffentliche Aufmerksamkeit verschafften, weil ihre Anwaltschaftspolitik paradigmatisch dafür war, wie machtschwache zivilgesellschaftliche Kräfte Stimme und Stärke in internationalen Politikfeldern gewinnen können.

In der Interaktion zwischen staatlicher Institutionenpolitik und zivilgesellschaftlicher Politik bildete sich ein Dreieck zwischen verschiedenen Akteursgruppen, das Alison Woodward „samtenes Dreieck von Geschlechterpolitik“ nennt. Das Dreieck verbindet a) Aktivistinnen und Frauenbewegungen, b) wissenschaftliche



Expertinnen und c) Femokratinnen und Politikerinnen. Samtig, d.h. weich ist dieses Dreieck, weil die Biographien der drei Typen von Akteurinnen miteinander verknüpft sind und einige ein- oder mehrmals zwischen den drei Lagern wechseln (Woodward 2001). Exemplarisch formulierten Vivienne Wee, eine typische Bewegungsintellektuelle, Wissenschaftlerin und Aktivistin bei dem Süd-Netzwerks DAWN, und Noeleen Heyzer, Direktorin des UN-Frauenfonds UNIFEM, gemeinsam den Anspruch der Einflussnahme auf *Global Governance*: „*At this time, when the survival of all is involved, all must be involved in the reshaping of a new and better world.*“ (Wee/Heyzer 1995:158).

### Referenzklammer Frauen-/Menschenrechte und die Moralisierung von Politik

Seit Beginn der 1990er Jahre bezogen sich immer mehr Frauenorganisationen mit dem Doppelslogan „Menschenrechte sind Frauenrechte“ und „Frauenrechte sind Menschenrechte“ auf das Menschenrechtskonzept (Kerr 1993; Tomasevski 1993; Schuler 1995; Friedman 1995). Ausgehend von einer feministischen Rechtskritik, die sich am Widerspruch zwischen der Rechtsnorm von Gleichheit und der Rechtswirklichkeit von Ungleichheit festmachte, und einer Redefinition von Rechten durch eine Erweiterung aus der öffentlichen in die Privatsphäre hinein (Bunch 1990), betteten sie ihre Themen in das Menschenrechtsparadigma ein.

Rechte wurden im Rahmen einer *Empowerment*-Strategie für Frauen als „Schlüsselbereiche von Macht“ (Held 1995:173) und als Instrumentarium gesehen, mit dessen Hilfe Frauen ihr Verhältnis zum Staat einerseits, aber auch zu ihrer Kultur und deren traditionellen Rechts- und Wertesystemen andererseits neu aushandeln können (Wölte 2002). Das Frauen-/Menschenrechtsparadigma ist ein normativer Bezugsrahmen für Frauen- und Geschlechterpolitik, aber auch eine Methode der Moralisierung von Politik, nämlich durch gezielte Informationspolitik Rechtsverletzungen öffentlich zu machen und auf die Verantwortlichkeit des Staats und des Rechtssystems zu verweisen (Keck/Sikkink 1998:183; Wichterich 2000:264).

Das Kernstück des Frauen-/Menschenrechtsparadigmas ist ein Verständnis von Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung. Die Thematisierung der

vielfältigen Formen von Gewalt gegen Frauen – in der Familie und heterosexuellen Beziehungen, durch sexuelle Belästigung und Vergewaltigung, bei der Geburtenkontrolle, durch Vergewaltigung im Krieg bis zu Mitgift- und Ehrenmorden – stand in der Kontinuität des Slogans der neuen westlichen Frauenbewegungen „Das Private ist politisch“ und stellte in allen Kulturen einen Tabubruch dar. Die Internationalisierung des Frauen-/Menschenrechtsparadigma wurde in erster Linie möglich, weil die Gewalterfahrung von Frauen sich als starkes Bindeglied und kulturübergreifendes Solidarisierungsvehikel erwies (Bunch/Reilly 1994; Keck/Sikkink 1998:177). Frauen setzten die Achtung ihrer körperlichen Integrität und Würde transnational und transkulturell als universelle Norm.

Die Bezugnahme auf das Menschenrechtsparadigma war eine normative Leitplanke, die zum einen sicherte, dass Frauenpolitik an UN-Politik anschlussfähig war, zum anderen für die sehr unterschiedlichen Frauenbewegungen aus den verschiedenen Kontinenten und Kulturen einende ethische Referenzpunkte vorgab (Holthaus/Klingebiel 1998). Für die unterschiedlichen Einzelthemen, die Frauenorganisationen bearbeiteten – Gesundheit, Gewalt, Bildung, Ressourcenkontrolle u.a. –, wirkte der Rechtsansatz wie ein innovatives Verbundsystem, das sowohl Themen als auch die verschiedenen politischen Handlungsebenen vom Lokalen zum Globalen verknüpft (Wölte 2002). Dabei geht das Frauen-/Menschenrechtskonzept mehrdimensional und integrativ von der Unteilbarkeit, Interdependenz und Gleichwertigkeit der verschiedenen Generationen von Menschenrechten aus (Tomasevski 1995; Cook 1994). Das Recht auf Freiheit von allen Formen von Gewalt und Diskriminierung liegt quer zu allen bürgerlich-politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten bzw. überwölbt sie.

Der Rechtsansatz war auch Impulsgeber für ein neues Selbstverständnis der Frauen wie auch für ihre Wahrnehmung von außen: sie traten nun als Trägerinnen eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf, als zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Rechtssubjekte, nicht mehr primär als Bittstellerinnen und Bedürftige wie dies stark im Entwicklungsdiskurs seit den 1970er Jahren der Fall gewesen war. Auf diese Weise wurde es möglich, Unrecht an Frauen und damit Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, gleichzeitig aber als Rechtssubjekte die Opferrolle zu überwinden und legi-



time Rechte einzufordern.

In Bezug auf soziale und wirtschaftliche Menschenrechte signalisierte dies einen Paradigmenwechsel von einem Grundbedürfnisansatz, wie er in den 1980er Jahren in der Entwicklungspolitik dominierte, zu einem Grundrechteansatz: „from basic needs to basic rights“ (Schuler 1995; Butegwa 1995). Dieser Wechsel führte zu einer wichtigen Akzentverschiebung in den politischen Handlungskonzepten: Im Vordergrund standen jetzt Forderungen nach politischer Einlösung von Rechtsansprüchen und nach Mitgestaltung von Politik und Demokratie, von Wirtschaft, Entwicklung und Frieden.

Mit dem Frauen-/Menschenrechtskonzept entwickelte die transnationale Frauenbewegung der 1990er Jahre einen handlungsleitenden Diskursrahmen als „*master frame*“ für ihre politischen Interventionen bei den Vereinten Nationen (Keck/ Sikkink 1998:184). Er überlagerte den Entwicklungsdiskurs, der die internationale Frauenpolitik seit den 1970er Jahren bestimmt hatte. Parallel dazu erweiterte sich der frauen- und geschlechterpolitische Diskurs, dessen zentrale Kategorie bisher Diskriminierung gewesen war, um die Kategorie der Gewalt, die in einem diskursiven Quantensprung in die Öffentlichkeit hinein das Private zum Politikum machte. Aufbauend auf diesen Prinzipien und im Bewusstsein feministischer Definitionsmacht legte das lateinamerikanische Frauenrechtsnetzwerk CLADEM 1998 zum 50. Geburtstag der Menschenrechtserklärung eine Rekonzeptualisierung vor (Cladem 1998).

Im Bewusstsein kultureller und sozialer Differenzen zielte die transnationale Frauenbewegung auf universelle Geltungsansprüche von Frauenrechten, knüpfte an liberale Tendenzen in den jeweiligen kulturellen und historischen Kontexten an und verteidigte sie gegen kulturrelativistische Positionen (Cook 1994, Bunting 1996). Auseinandersetzungen über Differenzen gehörten zum Prozess der Verständigung über Gemeinsamkeiten. Sie führten jedoch keineswegs immer zu einem Minimalkonsens – exemplarisch dafür steht die Frage der Abtreibung - und sollten aus einer transkulturellen oder demokratiethoretischen Perspektive nicht romantisiert werden. So kam es im Vorfeld der Bevölkerungskonferenz 1994 zu einer heftigen Kontroverse zwischen der *International Women's Health Coalition*, die das Konzept der reproduktiven Rechte formulierte, und Kritikerinnen von Bevölkerungskontrolle, die eine

Instrumentalisierung reproduktiver Rechte von Frauen für demographische Eingriffe befürchteten und deswegen eine Position der Nicht-Einmischung bei der Konferenz vertraten (Wichterich 1995:104ff).

Ohne das Frauen-/Menschenrechtskonzept als zentralen Deutungsrahmen hätte die neue internationale Frauenbewegung ihre Erfolge bei den UN-Konferenzen der 1990er Jahre nicht erzielt. Die Orientierung auf das Rechtsparadigma führte auch zu einem Bedeutungsgewinn der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW. Sie hatte zuvor als Regulierungsinstrument für eine globale *Gender Governance* kaum Wirksamkeit gewinnen können (Zwingel 2001). Vermittelt über die Einflussnahme auf die UN-Konferenzen, war es – ein Boomerang-Effekt - Frauenorganisationen auf nationaler Ebene möglich, CEDAW als normbildendes Instrument bei der Gesetz- und Verfassungsgebung zu nutzen (Pansieri 2000).

### Strukturwandel multilateraler Politik

Die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und die Aushandlung der Agenda 21 stellten die Weichen für den dominierenden multilateralen Politikstil der 1990er Jahre: Die Vereinten Nationen riefen „Partnerschaft“ als Handlungsprinzip aus, Partnerschaft zwischen Nord, Süd und Ost, aber auch zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Auf Druck der zivilgesellschaftlichen Kräfte hin öffneten sie Zugänge zu Gremien und akzeptierten NGOs zunehmend als BeraterInnen und InputgeberInnen von Ideen, Wissen und politischer Legitimation. Diskursive, „konstruktive“ Aushandlung wurde zur zentralen Achse beim Aufbau von *Global Governance*, entlang derer sich aus den Interessengegensätzen und Widersprüchen der euphemistisch „internationale Gemeinschaft“ genannten Weltgesellschaft Kompromisse und Konsens bilden sollten. Ziel der Verhandlungen waren multilaterale Aktionsprogramme und völkerrechtlich verbindliche Konventionen als Weltverträge - eine Art New-Deal-Politik auf internationaler Ebene, bei der aus Staaten, Repräsentanten der Privatwirtschaft und der globalen Zivilgesellschaft wie z.B. der globalen Frauenbewegung globale Partner werden sollen.

Enorme politische Energien flossen in die Ausformulierung von UN-Dokumenten und internationalen Abkommen, um eine konsensuale Sprache („*agreed*



language“) zu finden. Als Grundkonsens und normative Eckmarkierungen einer neuen „post-ideologischen“ globalen Weltordnung zeichneten sich rasch die folgenden Punkte ab:

- Handelsliberalisierung als zentrales ökonomisches Prinzip,
- Politische Rechenschaftspflicht bzw. *good governance* als politische Maxime,
- Nachhaltigkeit als Leitorientierung für den Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen,
- Armutsbekämpfung als Handlungsstrategie des sozialen Ausgleichs,
- Menschenrechte als übergeordnetes normatives Referenzsystem,
- Gender Mainstreaming als Methode der Geschlechtergleichstellung.

Monate- teils jahrelang bereiteten sich NGOs in einander verstärkenden Wechselbeziehung zwischen nationaler, regionaler und internationaler Ebene auf jede der Konferenzen vor. Die parallelen Globalen Foren bei den UN-Konferenzen nutzten sie zur Verständigung über Positionen, Politikinterventionen und Lobbying, inszenierten sie aber auch als ein politisches Gegengewicht zu den Großereignissen der Regierungskonferenzen. Die Medien werteten diese Globalen Foren, teils mit einer Idealisierung zivilgesellschaftlichen Engagements und einer Heroisierung der Protest- und WortführerInnen, oft zu „Gegengipfeln“ auf. Bezeichnend für das Bewusstsein von Eigenständigkeit und den Einflussoptimismus der NGOs war, dass sie auf dem *Global Forum* in Rio de Janeiro 1992 mit 36 „Verträgen“ zu allen relevanten Themenbereichen ein sichtbares Ergebnis des NGO-eigenen Multilateralismus produzierten.

Die *Agenda 21*, das Abschlussdokument des Erdgipfels in Rio umriss mit dem Konzept von „wichtigen Gruppen“, den „*major groups*“, ein Partizipationsmodell für *Global Governance*, das verschiedene gesellschaftliche Gruppen in die neuen Steuerungs- und Regulierungsregime einbindet. Frauen und Kinder, Gewerkschaften und Privatwirtschaft, Kommunen und die Wissenschaft stehen in der *Agenda 21* als gleichrangig und scheinbar unabhängig voneinander agierende Einzelgruppen nebeneinander. Unter Ausblendung bestehender Macht- und Ungleichheitsverhältnisse werden ihnen Rollen bei der Umsetzung von Umweltschutz und Armutsbekämpfung

zugewiesen, weil diese von den Nationalstaaten allein nicht leistbar ist (Brand/Demirovic/Görg/Hirsch 2001).

Bei der Herstellung von Konsens spielten Paradigmen und Konzepte wie „nachhaltige Entwicklung“ oder später *Gender Mainstreaming* eine wichtige Rolle für die Integration emanzipatorischer zivilgesellschaftlicher Kräfte in den Verhandlungsmodus von *Global Governance*. Sie fungierten als zukunftsgerichtete allgemeine Leitorientierungen jenseits von Struktur- und Systemkritik und sind gerade wegen ihrer Offenheit konsensfähig. Eine Schließung dieser zunächst offenen Konzepte findet durch ihre Einbindung in ökonomische und politische Zielorientierungen statt wie z. B. in neoliberale Rationalitäten von Effizienz, Konkurrenz und Kommerzialisierung (Görg/Brand 2002).

Aus dem *Major-Group*-Ansatz entwickelten die UN das Partizipationsmodell der *Multi-Stakeholder*-Dialoge. Dort durften die *Major Groups* Stellungnahmen an Runden Tischen abgeben und sollten miteinander ins Gespräch kommen. Allerdings fallen an diesen Runden Tischen keine Entscheidungen und sie bleiben eine unverbindliche Vorfeldsondierung für die multilateralen Beschlüsse. Aus der staatsrechtlichen Perspektive von Gramsci agieren zivilgesellschaftliche Akteure, eingebunden in diese politischen Partizipationskonstrukte, als „erweiterter Staat“, als staatliche Beratungs- und Vorfeldorganisationen (Brand/Demirovic/Görg/Hirsch 2001, Roth 2005:115).

So stellt sich beim Strukturwandel multilateraler Politik und dem Aufbau von *Global Governance* Regimen als zentrale Frage, welche Demokratisierungs- und Emanzipationspotentiale in der Beteiligung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen liegen. Welche Chancen bieten diese Strukturen für die Globalisierung von Frauenrechten, für liberale oder transformationsorientierte Frauenpolitik?

### Erfolgsstrategien der Partizipation

Zwei Brückenschläge waren konstituierend für die politische Handlungsfähigkeit (*agency*) der globalen Frauenbewegung. Zum einen der transnationale Bogen zwischen Aktivitäten auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene, der in der Vor- und Nachberei-



tung der Konferenzen immer wieder geschlagen wurde, zum anderen der Brückenschlag zwischen der sozialen Bewegung und den politischen Institutionen. In diesen Handlungsfeldern entwickelte die globale Frauenbewegung ein Repertoire von Instrumenten, Taktiken und Strategien, um öffentliche Akzeptanz zu erzeugen und politische Einflussmacht aufzubauen.

Die zunehmend ausgefeilte Methodik von Politik- und Eingriffsfähigkeit hing wesentlich von der Fähigkeit einzelner Netzwerke und lokaler Organisationen ab, schnell Informationen und Expertise zu beschaffen, transnational Synergien bei der öffentlichen Aufklärung zu entfalten und Glaubwürdigkeit in Bezug auf die vertretenen Werte und politischen Ziele herzustellen. Es waren die Vielstimmigkeit, der Strategie- und Instrumentenmix und der Mehrebenenansatz bei gleichzeitiger konsequenter Zielgerichtetheit, die in der Summe die Handlungsfähigkeit der globalen Bewegung ausmachten.

In Vorbereitung auf die Konferenzereignisse mobilisierten NGOs und Netzwerke mit der Skandalisierung von Einzelfällen nach der Methode von amnesty-international und mit **Kampagnen** von der lokalen zur internationalen Ebene. Solidarisierung und Protestaktionen waren eine transnationale Antwort auf ein globales Problem oder Ereignis. Herausragend war die vom *Center for Women's Global Leadership* (CWGL), einem Universitätsinstitut in New Jersey, initiierte Kampagne zu „Gewalt gegen Frauen“ im Vorfeld der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien. Sie mündete in einer „direkten“ Aktion, nämlich der Präsentation von Hunderttausenden Postkarten, auf denen von den Regierungen gefordert wurde, Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung anzuerkennen (Bunch/Rially 1994).

Eine medienwirksame Methode des Öffentlich-Machens, der Politisierung von Privatem, der Skandalisierung von Unrecht, Gewalt und Diskriminierung war die Abhaltung von **Tribunalen**. Das CWGL und der *Asian Women Human Rights Council* (AWHRC) organisierten bei mehreren UN-Konferenzen Tribunale, in denen Frauen als „Expertinnen ihres Lebens“ Unrechtserfahrungen und Problemanalysen präsentierten und damit Tabus und die Kultur des Schweigens brachen. Die Form des Tribunals, in dem Frauen sowohl Zeuginnen der Anklage als auch Richterinnen waren, symbolisiert öffentlich den Anspruch auf Definitionsmacht.

Nationale Frauenorganisationen und transnationale Netzwerke überprüften zunehmend systematisch Regierungsaktivitäten, um sie nicht aus einer Rechenschaftspflicht bezüglich der Umsetzung von UN-Konventionen und Aktionsplänen zu entlassen. Als Korrektive schrieben sie **Schattenberichte** zur staatlichen Berichterstattung über die Einlösung von CEDAW und den bei den UN-Konferenzen eingegangenen Verpflichtungen.

Beim Marsch hinein in die Räume der institutionalisierten Politik war die Forderung nach **Zugang** die Antriebsfeder: Zugang zu geheim gehaltenen Dokumenten, zu Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, zu informellen Entscheidungsgremien. Erklärtes Ziel war die Teilhabe an Macht – Mitmacht. Zum einen sollten durch Partizipation in Regierungsdelegationen und Verhandlungsgremien die Möglichkeiten von Mitbestimmung und Einflussmacht zunächst sondiert und dann institutionalisiert werden. Zum anderen wandte die *Global Women's Lobby* erstmalig systematisch die Strategie des *Mainstreaming* an, um Frauenthemen aus dem Nischendasein herauszubringen und in jedes Politikfeld eine Geschlechterperspektive einzubauen.

**Lobbying** wurde zur zentralen Strategie der Intervention in die Regierungsverhandlungen, um Gremien und die Formulierung von Aktionsplänen und anderen UN-Dokumente zu beeinflussen. Unermüdlich und zunehmend professionell arbeiteten sich Lobby- und *Language-Expertinnen* bei einer Konferenz nach der anderen mit ihren Kommentaren Zeile für Zeile an Dokumententwürfen ab, um eine geschlechterdifferenzierende oder –sensible Perspektive einzufügen oder einzelne Forderungen, Politikmaßnahmen oder rechtliche Verankerungen festzuschreiben (Dorsay 1997, Ruppert 1998, Meyer/Prügl 1999).

Direkt begleitend zu den Regierungsverhandlungen nutzten und verfeinerten Frauen die **Caucus**-Methode, regelmäßige regionale, gruppen- und themenspezifische Treffen zum aktuellen Austausch und zur ad hoc-Absprache inhaltlicher Positionen. Da sich die Zahl der Caucus-Treffen schnell vergrößerte, wurden die Positionen in einem täglichen *Linkage-Caucus* gebündelt, um Synergien herzustellen und sie für das Lobbying zu nutzen. Dieses Caucus-System kann auch als zivilgesellschaftliches Mikro-Modell der Verhandlung und partizipativen Demokratie am Konferenzort verstanden werden, durch das es möglich war, das breite Themen-



spektrum der Regierungsverhandlungen abzudecken (Ruppert 2005:218).

Der rege Pendelverkehr und Austausch zwischen den Regierungskonferenzen und den NGO-Foren veranschaulichte den Anspruch des Brückenschlags, den die lobbyierenden NGOs zwischen den Regierungspositionen und den Debatten der sozialen Bewegungen vornehmen wollten. Zwei polare politisch-strategische Prinzipien markieren die Vielfalt der Stimmen und die Bandbreite von Handlungsansätzen. Eine „*bringing women in*“-Position liberaler Frauenpolitik stellt auf Geschlechteregalität, *Mainstreaming* und Partizipation als Selbstzweck ab. Der Gegenpol dazu ist eine Strategie, die auf strukturelle Transformation orientiert ist und eine klare Absage an die Konjunktur des „*Just add women and stir*“ (Harding 1995) beinhaltet, durch die Frauen Integration und Repräsentation, aber keine Entscheidungs- und Gestaltungsmacht zugestanden wird. Zwischen den beiden Polen gab es Misch- und Vermittlungsformen, wie das von DAWN bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking vertretene optimistische Konzept „Transformation durch Partizipation“ (DAWN 1995; vgl. auch Gallagher 1997:288).

Zwischen den beiden Zielen Gleichheit und Strukturveränderung schwirrte das magische Diktum der „kritischen Masse“, nämlich die Hoffnung, dass Frauen, wenn sie ein Drittel der Posten in demokratischen Gremien und Institutionen besetzen, signifikante inhaltliche, strukturelle und kulturelle Veränderungen von Politiken auslösen können – im Unterschied zu „Alibifrauen“, für die auch bei bestem politischen Willen die Risiken der Marginalisierung oder der Kooptation groß sind.

Bei allen Konferenzen erzielte die transnationale Frauenbewegung als *Global Women's Lobby* beachtliche Thematisierungs- und Beeinflussungserfolge. Durch ihr sachkompetentes Ein- und Mitmischen konnte sie die Geschlechterblindheit internationaler Politik korrigieren und gewann Anerkennung und Aufwertung als politisches Subjekt. Überall konnte sie ihr liberales und progressives Vokabular in die Sprache der multilateralen Politikpapiere einbringen. Bei der Rio-Konferenz wurden Frauen als *major group*, als bedeutende gesellschaftliche Akteursgruppe im Umweltschutz und bei der Armutsbekämpfung anerkannt, die Menschenrechtskonferenz in Wien nahm Gewalt gegen Frauen in den Katalog von Menschenrechtsverletzungen auf, die

Bevölkerungskonferenz in Kairo akzeptierte das Konzept sexueller und reproduktiver Rechte. Bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking war die *Global Women's Lobby* stolz darauf, dass 60 % der Änderungen des Abschlussdokuments auf ihre Interventionen zurückgingen. *Gender Mainstreaming* wurde als zentrale Strategie der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik festgeschrieben.

Der signifikanteste Fortschritt besteht darin, dass in den UN-Dokumenten eine Normsetzung durch die Verankerung von Frauenrechten geleistet und damit der systemische Ausschluss der Kategorie Geschlecht aus internationaler Politik überwunden werden konnte. Die von der politischen Symbolkraft her größten Erfolge lagen im Bereich der Körperpolitik, weil Privates wie nie zuvor zum Politikum, zum Gegenstand internationaler Politik gemacht wurde: in Wien die Enttabuisierung und Politisierung des Themas Gewalt gegen Frauen und die Verankerung von Gewaltfreiheit als universelles Frauen-/Menschenrecht sowie in Kairo die Anerkennung von sexuellen und reproduktiven Frauenrechten. Die Mobilisierung konservativen Widerstands dagegen zeigte an, dass dies auf der normativen Ebene ein Systembruch für patriarchale Kulturen bedeutete.

Als Korrektiv der Regierungen und der UN wirkte die globale Frauenbewegung auch im Hinblick auf bereits vorhandene Instrumente zur Umsetzung von Frauenrechten. Weil in der Anti-Diskriminierungskonvention CEDAW Gewalt gegen Frauen nicht thematisiert ist, drängte sie die UN, eine zusätzliche „Erklärung über die Gewalt gegen Frauen“ zu verabschieden und die Stelle einer UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen einzurichten. Außerdem erstritt die globale Frauenbewegung als Ergänzung zum bisherigen regierungszentrierten CEDAW-Verfahren ein Fakultativprotokoll, das Individuen und Gruppen ein direktes Beschwerderecht bei der CEDAW-Kommission einräumt, wenn ein Staat gegen die Konvention verstößt. Damit wird unter Umgehung staatlicher Instanzen eine direkte Verbindung zwischen zivilgesellschaftlichen Kräften auf lokaler und nationaler Ebene einerseits und der supranationalen Instanz der Vereinten Nationen andererseits ermöglicht.

Es wäre verkürzt, die Erfolge der *Global Women's Lobby* allein auf ihr zunehmend professionelles Lobbying zurückzuführen. Vielmehr war es die Kombination



der unterschiedlichen Taktiken und Strategien, die von Drinnen und Draußen, aus verschiedenen Richtungen und auf unterschiedlichen Ebenen – der nationalen, regionalen und internationalen – auf die Regierungsverhandlungen wirkten. Die Lobbyistinnen legitimierten sich mit Verweis auf die bei den NGO-Foren ersammelten Bewegungsfrauen und das *Caucus*-System als bewegungs- bzw. basisnah. Bei der Lobby- und Beratungsarbeit spielte das oben erwähnte „samtene Dreieck der Geschlechterpolitik“ zwischen Aktivistinnen, Femokratinnen und Wissenschaftlerinnen eine maßgebliche Rolle. Der Erfolg der Lobbyarbeit ist insofern als Erfolg der globalen Frauenbewegung und ihrer pluralen Methodik, der Mischung aus gemeinsamer Zielgerichtetheit und Vielstimmigkeit, zu sehen.

### Höhepunkt und Gegenwind

Mit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking erreichte die transnationale Frauenbewegung den Zenit der Mobilisierung und der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das NGO-Forum und die Konferenz waren auf der Ebene symbolischer Politik eine machtvolle Demonstration ihrer Stärke, ihrer Multilokalität, Multifokalität und ihrer Zielgerichtetheit auf Frauenrechte. Das NGO-Forum mit 26 000 Teilnehmerinnen spiegelte die Ausdehnung und Ausdifferenzierung von Frauenbewegungen wie auch ihrer Themen und Positionen, gleichzeitig aber auch Schwerpunktverschiebungen. Die Themen Wirtschaft und politische Partizipation hatten an Bedeutung gewonnen, die Themen Frieden und Ökologie an Interesse verloren. Der Menschenrechts- und Gewaltdiskurs fungierte als Querschnittsdiskurs. Eine Klammer um die multithematischen Debatten bildete – anders als bei den nachhinkenden Debatten der Regierungen – die Globalisierung (Wichterich 1996, Ruf 1996).

Die Pluralität wurde mit dem Slogan „Vielfalt ist unsere Stärke“ zum Programm erhoben. Eine Uganderin formulierte das neue Selbstbewusstsein der globalen Frauenbewegung: »Wir sind der Nukleus der internationalen Zivilgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert« (Wichterich 1996; Lachenmann 1996). Die Harmonie multipler und hybrider Feminismen basierte auf der Akzeptanz von unterschiedlichen Identitäten und Differenzen und auf der Vermeidung von Konfrontationen über Hegemonien und Widersprüche (Scholz 2000:157-169). Gestritten wurde nur mit religiös funda-

mentalistischen und extrem reaktionären Kräften. War beim Erdgipfel 1992 und bei der Menschenrechtskonferenz 1993 der politisch kämpferische Impetus von „Wir Frauen“ bei der Positionierung und Profilierung noch sehr stark, so wurde die Unterstellung einer kollektiven Handlungsidentität in Peking durch die sichtbare Vielfalt von Identitäten und Identitätspolitiken aufgebrochen. Der diskursive Kontext für diese Veränderungen lag vor allem in post-kolonialen Denkansätzen, wo ein Paradigmenwechsel von der Dynamik der Solidarisierung zur Betonung von Identitätspolitik und „Politik der Zugehörigkeit“ (Yuval-Davies 2002) stattfand. Der Topos der „globalen Schwesternschaft“ wurde als „altes Schwestern-Modell der Missionsarbeit“ zurückgewiesen (Grewal/Kaplan 1994).

Die Vorzeichen des Lobbying hatten sich in Peking bereits verschoben. Im Umfeld der Bevölkerungskonferenz in Kairo hatten sich anti-emanzipatorische Gegenkräfte aus religiös fundamentalistischen und neo-konservativen politischen Strömungen sowohl im Regierungs- als auch im NGO-Lager organisiert. Regierungen, der Vatikan und gesellschaftliche Gruppen, deren zentrales Anliegen die Förderung der Familie als „gesellschaftliche Grundeinheit“ und der „natürlichen Rolle der Mutterschaft“ sowie die Verweigerung von Selbstbestimmungsrechten von Frauen über ihren Körper, ihre Sexualität und Fortpflanzung ist, begannen einen semantischen Kleinkrieg um die Begrifflichkeit der UN-Dokumente wie z.B. *sex* statt *gender*, Gleichwertigkeit statt Gleichheit, Würde statt Rechte. Bei den nachfolgenden Konferenzen wurde es angesichts dieses wertekonservativen Rollbacks ein Hauptanliegen der *Global Women's Lobby*, erreichte Fortschritte zu verteidigen.

Doch nicht nur der konservative Backlash blockierte Frauenrechte, sondern auch ein erstarkter neoliberaler Kurs der Regierungen, der durch wirtschaftliche Liberalisierung, staatlichen Sozialabbau und den Rückzug der Politik aus dem Markt gekennzeichnet war. Die Nationalstaaten unterlagen einem Strukturwandel von Wohlfahrts- oder Entwicklungsorientierung zum standortsichernden Wettbewerbsstaat (Brand/Demirovic/Görg/Hirsch 2001). Es mangelte an politischem Willen und erst recht an Finanzierungsbereitschaft für eine emanzipatorische Frauenpolitik, für pro-aktive Gleichstellungsmaßnahmen und mehr noch für eine soziale Umverteilungspolitik und für Strukturveränderungen



zugunsten marginalisierter und benachteiligter Gruppen.

Diese beiden politischen Tendenzen behinderten und begrenzten das Lobbying der globalen Frauenbewegung für einen multidimensionalen Rechtsansatz und eine Moralisierung von Politik erheblich. Deshalb entwickelte sich nicht, wie anfänglich erhofft, eine geradlinige Fortschrittsdynamik für internationale Frauenpolitik im Laufe der UN-Konferenzserie. Vielmehr zeichnete sich eine Abdrängung der *Global Women's Lobby* von der Offensive in die Defensive ab.

Trotzdem war sie in Peking in Bezug auf zwei Prinzipien erfolgreich: es gelang, 1) die normative Verankerung von Frauen-/Menschenrechten in dem Abschlussdokument, der Aktionsplattform, zu sichern und im Bereich der Körperpolitik (Gewalt, sexuelle Orientierung) leicht auszubauen, und 2) mit der Festschreibung von *Gender Mainstreaming* als universellem Verfahren eine Geschlechterperspektive in der Politik zu institutionalisieren. Letzteres löste tatsächlich in vielen Ländern einen Institutionalisierungsschub und Boomerang-Effekt aus: so übernahm die EU *Gender Mainstreaming* als Verfahren in den Amsterdamer Vertrag von 1997 und danach machten die meisten Mitgliedsländer es zur zentralen Strategie ihrer Gleichstellungspolitik. So setzte das neu gegründete osteuropäische Netzwerk KARAT große Hoffnung darauf, mithilfe der supranationalen Ebenen der UN und der EU Frauenrechte in den postsozialistischen Staaten durchsetzen zu können.

### **Ambivalenzen der Partizipation, Dilemmata der Integration**

In den vier Jahren zwischen dem Kongress in Miami 1991 und der Peking-Konferenzen veränderten sich die Akteurinnen und ihre Strategien. Zu Beginn stand die politische Intervention der globalen Frauenbewegung in der internationalen Arena auf drei strategischen Säulen: Austausch und Solidarisierung, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sowie Lobbying. Während des Konferenzmarathons wurde das Gewicht immer stärker auf das Verhandeln gelegt und die Akteurinnen perfektionierten die Methoden des Lobbying und Mainstreaming.

Doch Verhandeln mit Regierungen und supranati-

onalen Politikinstitutionen nötigt zur Anpassung an vorgegebene Inhalte und an technische Verfahren. „Die verborgenen Mechanismen der Macht“ (Bourdieu) zwingen zu kleinen Schritten und zu einem politischen Spagat zwischen autonomen bewegungsnahen Positionen und realpolitischem Pragmatismus (Brand/Demirovic/Görg/Hirsch 2001). Für normative Gegenentwürfe wie die *Women's Action Agenda 21* aus Miami war in diesem Verhandlungsrahmen kein Raum. Der deutliche Gewinn an politischer Transparenz und Partizipation, den die *Global Women's Lobby* erhandelte, verdeckt, dass sie keine substantielle Entscheidungs- und Gestaltungsmacht in dem Sinne gewann, dass sie dem Abschlussdokument der Rio-Konferenz den Stempel ihres Konzepts von alternativer nachhaltiger Entwicklung und Umverteilung von Macht und Ressourcen hätte aufdrücken können. Durch den Anpassungsdruck wurden die anfänglich artikulierten transformatorischen und umverteilungsorientierten Ansprüche der globalen Frauenbewegung zurückgedrängt von liberalen integrations- und partizipationsorientierten Ansätzen (Naples 2002:278). Ebenso erwies es sich als leichter, Anerkennung für bürgerlich-politische Frauenrechte zu erzielen als für ökonomische oder auch sexuelle Rechte (Basu 2000).

Benutzt man die kategoriale Unterscheidung zwischen identitätsbasierter Anerkennungspolitik und sozial- und klassenorientierter Umverteilungspolitik, die Nancy Fraser (2001) für Frauenpolitik vorgenommen hat, so war die mehrdimensionale Methodik politischer Einflussnahme durch die globale Frauenbewegung insgesamt durch Anerkennungspolitik dominiert. Die *Global Women's Lobby* erstritt Anerkennung für Frauen als politische und Rechtssubjekte, Anerkennung für frauen- und geschlechterpolitische Themen und Frauenrechte als Menschenrechte, Anerkennung für eine Geschlechterperspektive in verschiedenen Politikfeldern und nahm ihre Ansprüche, als Katalysator von Systemveränderung zu wirken, zurück.

Die Integration von Frauen in den *Major-Groups*-Ansatz zeigte exemplarisch die Ambivalenz dieses Integrations- und Partizipationsansatzes: Dass Frauen als erste wichtige Gruppe in der *Agenda 21*, dem Abschlussdokument von Rio de Janeiro firmieren, ist ein Achtungserfolg für sie als kompetente Akteurinnen für „nachhaltige und gerechte Entwicklung“ (Wichterich 1992, Rodenberg 1998). Das *Major-Groups*-Konzept schrumpft



Frauen jedoch zu einer - scheinbar gleichrangigen und gleichmächtigen - sozialen Gruppe unter vielen im Interessen- und Partizipationswettbewerb. Sie werden über die Kategorie *Gender* und ihre Gleichstellungs- und Partizipationsforderungen definiert, nicht aber über die damals von ihnen - und auch von Teilen anderer *Major Groups* - geforderte alternative Entwicklung, neue globale Ethik oder ihre Strukturkritik.

*Opportunity windows* und Verhandlungsräume öffneten sich umso weniger, je härter die verhandelten Ressorts und Politikfelder waren, d. h. je näher sie an dem Machtkartell von Finanz-, Wirtschafts-, Sicherheits- und konventioneller Außenpolitik, den sog. *high politics*, waren. Partizipationsterrains konnten Frauen sich zunächst in bedeutungs- und machtschwächeren Feldern, weichen Politikressorts, vor allem den sozialen Themen erschließen - eine Erfahrung, die sie ebenso in der Wirtschaft und der Wissenschaft machten. Kohärenz zwischen den harten und den weichen Politikfeldern konnte nicht hergestellt werden (Wichterich 1996; 2000).

Lobbying und Partizipation machten zunehmend Kapazitätsbildung, Professionalisierung und Spezialisierung der Expertinnen und Lobbyistinnen notwendig. Insgesamt wuchs die Bedeutung von Wissen und Fachkenntnissen für *advocacy*-Arbeit und politische Beratung sowie die Konzentration auf Verfahrenstechniken wie das *Gender Mainstreaming*. Diese Professionalisierung trug erheblich dazu bei, dass die *Global Women's Lobby* zum fachlich und strategisch kompetenten Verhandlungs- und Kooperationspartner staatlicher Akteure und zum politisch akzeptierten Gegenspieler oder zur Co-Elite avancierte.

Gleichzeitig entwickelten politische Institutionen, die *Gender Mainstreaming* durchführen wollten, eine starke Nachfrage nach ressort-spezifischer Expertise, nach Trainingskapazitäten und nach Verfahrensentwicklung, die sie durch Unterauftragsvergabe an Beraterinnen und Gutachterinnen aus der NGO-Szene deckten. Die "Gender Industrie", die Beratung und Kooperation bei der Implementierung von Frauenpolitik abrufte, verstärkte die Tendenz zur NGO-isierung der frauenbewegten Landschaft, zur Spezialisierung und Profilierung. Das wiederum führte auch zu einem wachsenden Finanzbedarf einzelner NGOs und Netzwerke und zu einer wachsenden Konkurrenz um Mittel von Regierungen und

anderen Geldgebern (Desai 2002:31; Barton 2004).

Die Ambivalenz der professionalisierten Frauenlobby und Regierungsberatung hat Sonia Alvarez am Beispiel lateinamerikanischer NGOs analysiert: einerseits bekommen sie institutionellen Rückenwind und ihre Expertise wird von den Regierungen in einem „Boom von Unterauftragsvergabe“ abgerufen, andererseits wird ihr feministisches Engagement in den Mühlen der Bürokratie ausgehöhlt und zur „Gender-Technokratie“ (Alvarez 2000) abgeschliffen.

Alvarez kommt zu dem Schluss, dass sich die hybriden Identitäten aus frauenpolitischer Bewegtheit und Beratung zunehmend auflösen und der professionelle Anteil der Arbeit in dem Maße in den Vordergrund tritt, wie feministische NGOs als Politikberaterinnen in die Vor- und Nachbereitungsprozesse der UN-Konferenzen eingebunden oder als Implementiererinnen politischer Maßnahmen tätig werden (Alvarez 2000, 2000a). Die erwerbsarbeitsförmige Integration und politische Partizipation von Frauen-NGOs hatte auf große Teile der globalen Frauenbewegung protestdämpfende und entradikalisierende Wirkung. Bei der Fokussierung auf institutionelle Verfahrenstechniken ist die Gefahr einer Entpolitisierung groß.

Die Entstehung einer Fach- und Funktionselite blieb nicht ohne Folgen für die globale Frauenbewegung und ihre strategische Identitätsbildung. Ohnehin ist der Bezug der Netzwerke aufeinander nicht frei von Konkurrenz, offenem Dominanzverhalten und subtilen Führungsansprüchen. Hieß es in den neuen nationalen und internationalen Frauenbewegungen stets, dass „jede Frau Expertin des Lebens“ wäre, so fand jetzt erneut eine Aufwertung von Fachwissen und professioneller Expertise gegenüber Erfahrungswissen und Alltagsexpertise statt. Es stellte sich ein feministischer Brain-Drain-Effekt ein: Der Wechsel von Expertinnen in Regierungsdelegationen bei den Konferenzen, in die Politikberatung oder direkt in politische Institutionen bedeutet ein Verlust an Kapazitäten für die Bewegungsseite. Innerhalb und zwischen den transnationalen Netzwerken schuf dies häufig eine Ausdifferenzierung und Hierarchisierung, z. B. zwischen hauptamtlichen Profis und ehrenamtlichen feministischen Aktivistinnen, zwischen den lokal verwurzelten und der globalisierten Jet-Set-Elite. Dabei wachsen die Gefahr der Abkoppelung der Profis von der Basis und das Risiko eines



Rückkopplungs- und Demokratiedefizits zwischen den unterschiedlichen politischen Handlungsebenen und Praktiken (Naples/Desai 2002:31. 276, Harcourt 2006, Roth 2005:100). Gayatri Spivak schimpfte die neuen Funktionärinnen-Elite „feministische Apparatschiks, die die Organisation von Konferenzen mit Aktivismus schlechthin verwechseln“ (Spivak 1996).

Zunehmend ließen sich gegenläufige Tendenzen bei den UN-Konferenzen beobachten: Einerseits steigerte sich die öffentliche und staatliche Akzeptanz der *Global Women's Lobby* und der Professionalität, mit der sie die Tagesordnung („*agenda setting*“) mitbestimmten. Doch gleichzeitig stießen sie auf immer stärkere inhaltliche Blockaden durch konservative Regierungen und machten überdies die Erfahrung, dass mehr formale Partizipation nicht automatisch einen Zuwachs an politischem Einfluss gewährleistet und dass Zugang zu Gremien, Delegationen und Verhandlungen für NGOs nicht auch Teilhabe an Entscheidungsmacht bedeutet. Die Paradoxie liegt darin, dass die globale Frauenbewegung genau die Sichtbarkeit und die Stimme bekam, die sie angestrebt hatte, aber trotzdem die Koordinaten politischer Macht nicht signifikant und nachhaltig verschieben konnte. „*Giving voice without influence*“ nennt Ewa Charkiewicz diese Einbindung von auf Beeinflussung orientierten Kräften, „*giving visibility to women... while the power regime was left intact*“ (2004:53f).

Einerseits verbesserte sich oftmals die Kooperation im „samtenen Dreieck“ und Femokratinnen in den Regierungen fragten bei den Expertinnen und Bewegungsfrauen Rat und Formulierungsvorschläge für die UN-Dokumente ab. Andererseits inszenierte die staatliche Seite das Machtspiel von Zugangsöffnung und -schließung immer wieder neu. Partizipationsangebote beschränkten sich oft auf das Abrufen von geschlechter- und ressortpolitischer Kompetenz aus Frauennetzwerken und das Einbinden von zivilgesellschaftlichen Positionen in die Konsenskultur der Vereinten Nationen. Die politische Kooperation erwies sich als ein Grenzkorridor, in dem Einvernehmen und Vereinnahmung dicht beieinander liegen (Khan 2002). Der Preis des Konsenses ist, dass ursprünglich emanzipatorische Konzepte in die Diktion der UN-Dokumente eingepasst wurden und im dortigen Kontext ihren herrschaftskritischen Biss verloren. So wie zuvor das ursprünglich machtkritische *Gender*-Vokabular in der entwicklungspolitischen Rhetorik

weichgespült wurde und der *Gender-and-Development*-Ansatz den *Women-in-Development*-Ansatz ablöste, so wurde auch die transformatorische Substanz des *Empowerment*-Konzepts ausgehöhlt (Papart 2002). In der Aktionsplattform von Peking lässt sich eine Individualisierung des Frauen-/Menschenrechts- und des *Empowerment*-Ansatzes feststellen, die beide anschlussfähig an ein zunehmend neoliberales Konzept von Chancengleichheit, Eigeninitiative und ökonomischer, politischer und sozialer Handlungsfähigkeit macht.

Stimmen, die vor Kooptation, Entradikalisierung und einem zu starken pragmatischen Abschwenken von Visionen einerseits und der Basis andererseits warnen, waren immer wieder zu hören (Vandana Shiva, in: Wichterich 1996:137f), blieben aber eine Minderheit. Gayatri Spivak kritisierte die Peking-Konferenz als „globales Theater“, das die „tiefe transnationale Uneinigkeit“ verschleierte und eine gigantische Arbeitszeit- und Geldverschwendung sei.

Gigi Francisco von DAWN nannte die wichtigste Lektion, die Frauennetzwerke in den 1990er Jahren lernten:

*„while we were busy putting in place de jure rights, formal programmes and mechanisms for women, we failed to adequately take stock of how new trends of marketisation and backlash arising from the tensions and ruptures created by globalisation had systematically eroded the opportunities that allow women, especially the poor, to enjoy those de jure rights and freedoms“ (Francisco 2002).*

Hier bricht sich auch ein zunehmend diskutiertes Problem des (Frauen-) Rechtsansatzes: Wenn er nicht Rechte und gesellschaftliche Verhältnisse gleichzeitig in den Blick nimmt oder auf kollektive Rechte fokussiert, verschiebt er die Perspektive von der notwendigen Veränderung ungerechter gesellschaftlicher Strukturen auf Chancen, Schutz und Freiheiten individueller Frauen. Den Unterschieden zwischen Frauen wird er als universalistisches Konstrukt nicht gerecht (Naples/Desai 2002:271, Khan 2002, Molyneux/Razavi 2002, Barton 2004).



### Dritte Phase: Bedeutungsverlust und Neu-Orientierung

Nach der Peking-Konferenz machte sich aufgrund der Wiederholung von Verhandlungsmustern bei vielen Aktivistinnen und noch mehr bei Regierungen eine Konferenzmüdigkeit breit. Zweifel an der Verhältnismäßigkeit von Energieeinsatz und politischer Wirkung wuchsen ebenso wie die Ernüchterung über die relative Folgenlosigkeit der erzielten Erfolge. Mit dem Ende der UN-Konferenzserie brach für die globale Frauenbewegung, die von einem Mega-Ereignis zum anderen und von einem UN-Dokument zum nächsten geeilt war, die Referenzachse in die Zukunft zunächst ab. Die transnationale Frauenbewegung als ein netzwerkgestützter Handlungszusammenhang im Umfeld der neuen *Global Governance* Regime wurde schwächer und brüchiger, auch wenn punktuell und kurzfristig immer wieder Synergien erzeugt werden konnten.

War zu Beginn ihrer Bezugnahme auf *Global Governance* die Beeinflussung der UN-Dokumente das erklärte Ziel, so zeigte sich nun, dass die Fixierung auf die Aushandlung der Abschlussdokumente auf mehreren politischen Fehleinschätzungen beruhte: einer Überschätzung der politischen Macht der Vereinten Nationen sowie eine übersteigerte Hoffnung auf die normative Kraft und den Implementierungsautomatismus der Dokumente (Brand/Demirovic 2001). Die Hoffnung auf universelle Boomerang-Effekte zerschellte jedoch schnell. Als 1997 die Bilanzkonferenz fünf Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro dessen weitgehende Folgenlosigkeit feststellte, kündigten viele Frauen-NGOs einen Rückzug aus den internationalen Politikterrains an. Mit Slogans wie „*Take the global and make it local!*“ und „*Take Beijing home*“ vollzogen sie den Brückenschlag zurück auf die nationale und lokale Ebene.

*Monitoring* wurde zur zentralen Methode der Nachfolgeprozesse, wobei erneut die nationalen Regierungen und ihre Institutionen als zentrale Adressaten ins Zentrum des Politikverständnisses rückten. Dabei entwickelte sich ein Tunnelblick von Frauen- und Geschlechterpolitik, an dessen lichtem Ende der Nationalstaat als Initiator von Reformen und Gesellschaftsveränderung von oben steht. Allerdings stellte sich bald heraus, dass ein systematisches *Monitoring* der Umsetzung der Beschlüsse der sieben großen UN-Konferenzen die Arbeitskapazitäten und Ressourcen der lokalen

und nationalen Frauen-NGOs bei weitem überforderte. Zudem kam es im NGO-Alltag auf nationaler und internationaler Ebene aufgrund der zahlreichen Partizipationsangebote und Beratungsnachfragen nicht selten zu einer Überbelastung, einem *participation overkill*. Nur die professionellen, strukturell und finanziell starken NGOs und Netzwerke konnten mithalten.

Durch das *Monitoring* mit Indikatorensystemen und das *Gender Mainstreaming*, das inzwischen weltweit eine Legion von NGO-Expertinnen, Trainerinnen und Beraterinnen in informellen Beschäftigungsformen beschäftigt, fand eine weitere Konzentration auf Verfahrenstechniken statt. Bei den institutioneninternen Prozessen des *Gender Mainstreaming* schleifen sich allerdings herrschaftskritische Inhalte und transformative Zielsetzungen in Bezug auf die Geschlechter- und die Gesellschaftsordnung ab oder werden durch neo-liberale Funktionalisierung ausgebremst (Khan 2002). „*Getting institutional procedures right*“ (Goetz 1997) ist einerseits notwendig, damit das Projekt der Globalisierung von Frauenrechten in nationalstaatlichen Politiken umgesetzt werden kann, andererseits führt diese Fokussierung auf Methoden und systemimmanente Mechanismen zu einer Entpolitisierung und Entradikalisierung. Die visionären und emanzipatorischen Potentiale von feministischer und Geschlechterpolitik werden von systemimmanenten liberalen Gleichstellungsforderungen verdrängt und verkümmern in der institutionellen Endlosschleife (Wichterich 2001; Charkiewicz 2004).

Unter diesen Vorzeichen stand die Bilanz-Konferenz Peking+5 im Jahr 2000: Die globale Frauenbewegung trat nicht mehr mit einer eigenen Agenda und mit alternativen Konzepten auf. Sie konstituierte keine Gegenöffentlichkeit zum *Mainstream*, sondern konzentrierte sich förmlich betriebsblind auf die Lobbyarbeit, um das Abschlussdokument, das die Regierungsdelegationen vorgelegt hatten, zu verbessern und die verschärfte neo-konservative Attacke auf die emanzipatorischen Fortschritte abzuwehren (Wichterich 2000, Khan 2002). Die Positionen von geschlechterpolitisch progressiven Regierungen und von liberalen NGOs hatten sich einander ununterscheidbar angeglichen.

Für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg plante WEDO eine Revitalisierung der globalen Frauenbewegung durch eine Wiederholung des starken Auftritts von Rio de Janeiro: Positionspapier,



Frauenzelt auf dem Globalen Forum und *Women's Caucus*. Doch bereits bei der Neuformulierung der *Women's Action Agenda* signalisierte das Ringen um Prioritäten und Konsens eine politische und strategische Desorientierung. Das Frauenzelt in Johannesburg blieb gähnend leer. Es fehlte nicht nur an Masse, sondern vor allem an inhaltlichen Klammern, deutlichen Stoßrichtungen und klaren Botschaften der Frauen-NGOs. Der *Women's Caucus* sorgte für das Einsprenkeln von Formulierungen wie „geschlechtersensibel“ in das Abschlussdokument von Johannesburg – eine sprachliche Inklusion, die mit einem systematischen inhaltlichen *Gender Mainstreaming* jedoch nichts zu tun hatte und auch nicht mehr an die visionäre Kraft erinnerte, mit der die globale Frauenbewegung ein Jahrzehnt zuvor in Miami aufgebrochen war.

Die Konferenz zeigte, dass Menschen- und Frauenrechte zum Kompromissrepertoire des Multilateralismus gehören und immer neu zur Disposition stehen. Alle Menschenrechtsbezüge wurden aus dem Dokument gekippt – bis auf das Recht auf Gesundheit, das der *Women's Caucus* mit Mühe gegen den Widerstand der konservativen Länderfraktion verteidigte. Mit diesem einen Lobbypunkt konnte der *Women's Caucus* erneut Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit erzielen, während die globale Frauenbewegung nicht mehr identifizierbar war.

Stattdessen waren Frauen in den politischen Klassen und zivilgesellschaftlichen Facheliten in Johannesburg präsenter als in Rio de Janeiro – auch wenn die internationale Führungsspitze in der Institutionenpolitik immer noch ein patriarchal eingehogtes Biotop ist. Diese quantitativ stetig wachsende Partizipation von Frauen hat die These vom quasi automatischen Transformationseffekt der „kritischen Masse“ überholt. Vielmehr hat sich mit der Partizipation von NGOs und Frauen bei multilateralen Aushandlungsprozessen von Kompromissen und Konsensen eine widersprüchliche Demokratisierung vollzogen: Anerkennung und Einbezug der neuen politischen Akteurinnen finden statt, doch diese bleiben nur additiv und wirken nicht strukturverändernd. So sind durch den Strukturwandel multilateraler Politik neue politische Handlungsräume und Praktiken möglich geworden, aber sie werden auf subtile Weise eingepasst oder angehängt an die bestehenden Machtverhältnisse (Görg/Brand 2002).

Die mageren Gipfelergebnisse von Johannesburg waren eine Absage an die multilaterale Konsenskultur der 1990er Jahre und an die Akzeptanz von *Global Governance* Regimen als Steuerungs- und Regulierungssystemen. Deutlich dominierten ökonomische Standortinteressen der Regierungen die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Zielsetzungen und ließen ihr Streben nach globalen Regularien wie auch die kleinsten gemeinsamen Nenner immer weiter schrumpfen. Die Nationalstaaten wollten keine Verbindlichkeiten eingehen. Die Privatwirtschaft, deren Einflussmacht als „zivilgesellschaftliche“ Kraft in den 1990er Jahren enorm gewachsen war, beharrte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. War zehn Jahre zuvor noch der Anspruch erhoben worden, dass die Politik die Ökonomie regulieren sollte, so hatte sich das Primat nun umgekehrt: Die Freihandelsagenda dominierte die Gerechtigkeitsagenda (Wichterich 2003a).

Das Scheitern einer Neuauflage des starken Auftritts von Frauen in Rio de Janeiro zeigt die historische Kontextabhängigkeit der Formierung und des politischen Aufbruchs der globalen Frauenbewegung von den politischen Möglichkeiten und Öffnungen beim Epochenbruch zu Beginn der 1990er Jahre. Zwar trat eine geschrumpfte *Global Women's Lobby* als Fachelite erneut auf, aber sie war nicht das Organ einer sozialen Bewegung. Ohne die globale Frauenbewegung hatte sie keine nennenswerte Wirkkraft und politische Einflussmacht.

### Bilanz nach 30 Jahren

Die Peking+10-Bilanzkonferenz im Jahr 2005 bildete den vorläufigen Abschluss des 30jährigen Projekts der Internationalisierung von Frauenpolitik. Die Aktionsplattform von Peking, die bei ihrer Entstehung 1995 wegen ihrer Defizite noch stark kritisiert wurde, war inzwischen zur Magna Charta von Frauenrechten erhoben worden. 2600 Frauen kamen nach New York, reklamierten Besitzrechte an dem zehn Jahre zuvor von der globalen Frauenbewegung ausgehandelten Dokument und wollten es gegen die erneuten christlich fundamentalistischen Angriffe und den menschenrechtskritischen Unilateralismus der USA sichern. War bei Peking+5 noch „Umsetzung“ das Schlüsselwort gewesen, so ging es jetzt nur noch um die Verteidigung der Peking-Beschlüsse. Das heißt, dass die *Global Women's Lobby* inzwischen weitgehend aus der Defensive heraus



agierte. In den Ansprüchen auf „Ownership“ an der Aktionsplattform schien jedoch noch einmal das kollektive Handlungssubjekt „Wir Frauen“ auf.

Die großen Frauennetzwerke freuten sich im Rückblick über ihre Erfolge: die Anerkennung als politische Akteurinnen bei den UN, die Thematisierung von Frauenrechten und die Neubestimmung der internationalen Agenda, der Druck auf die Regierungen und die Institutionalisierung von Geschlechterpolitik.

Paradoxerweise hatte Frauenpolitik in vielen Ländern und bei den UN jedoch trotz dieser Erfolge zunehmend an Bedeutung verloren. Das politische Interesse an Gleichstellungspolitik war in den neoliberalen Wettbewerbsstaaten ebenso geschrumpft oder weggespart worden wie der politische Wille zu sozialer Umverteilungspolitik. Innerhalb des extrem hierarchischen UN-Systems wurde Frauenrechtspolitik seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking institutionell heruntergestuft und abgewertet, die entsprechenden Organisationen wurden ausgetrocknet. Nach der großen Öffnung in den 1990er Jahren schlossen sich nun die Räume wieder.

Die Bilanzen der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking ergeben ein heterogenes, teils widersprüchliches Bild. Die Regierungen stellten in ihren Bilanzberichten erfolgreiche Maßnahmen, vor allem die Verabschiedung von Gesetzen gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen in den Vordergrund. Dagegen resümierte WEDO in einem globalen Bilanzbericht mit dem Titel „Betrug an Peking“, dass trotz guter Absichten in den meisten Ländern das Interesse an Geschlechtergleichheit, die Handlungsbereitschaft und die bereitgestellten Mittel für Frauenpolitik zurückgegangen waren.

Gleichstellungserfolge sind primär im Bildungsbereich und auf der gesetzlichen Ebene zu verzeichnen. Von Nepal bis Chile, von Zimbabwe über Kroatien bis Deutschland ist Vergewaltigung in der Ehe neuerdings strafbar. Neun afrikanische Länder haben Gesetze gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen verabschiedet. Jordanien erlaubt die Strafverfolgung von Mördern „aus Ehre“. All diese Gesetze wären ohne die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking undenkbar.

Doch die de-jure-Gleichheit übersetzt sich nur äußerst langsam in de-facto-Gleichstellung im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich. Mehr Frauen

sind in den Erwerbsarbeitsmarkt eingebunden, aber meist in prekäre, schlecht bezahlte und unsichere Jobs. Frauen tragen einen überproportionalen Anteil der Kosten für den Abbau öffentlicher Leistungen und sozialer Ausgaben, vor allem im Gesundheitsbereich. Mehr Frauen sitzen – meist mithilfe von Quoten – in Parlamenten, aber nicht in politischen Machtpositionen. Weltweit betrachtet konnten Frauenarmut und Gewalt gegen Frauen nicht reduziert werden (ausführlich UN-RISD 2005).

Diane Elson resümiert, dass in den vergangenen Jahrzehnten die Geschlechterfrage aus der Unsichtbarkeit der Privatsphäre herausgeholt wurde, und dass immer mehr Frauen in öffentlichen Räumen präsent sind, in der Erwerbsarbeit, in der Politik, in Institutionen und Medien. Teilhabe aber bedeutet noch nicht auch Umverteilung von Ressourcen, Wohlstand, Macht oder Geschlechtergleichheit (Elson 2007). Insofern spiegelt diese Bilanz auch den Prozess der Einflussnahme der globalen Frauenbewegung auf internationale Politik.

Die Peking+10-Konferenz stand ganz im Zeichen der Drohung der Bush-Regierung, den Konsens von Peking aufzukündigen und keine „neuen Menschenrechte“ zu akzeptieren. Durch diese unilateralen Tiraden wertete sie die Aktionsplattform von Peking ab und machte deutlich, dass sie nicht rechtsverbindlich ist und ihre Umsetzung in das Belieben der Regierungen gestellt bleibt. Darüber hinaus war dies eine Attacke auf die Vereinten Nationen als rechts- und normsetzende Instanz, die nicht nur Frauenrechte in Frage stellte, sondern grundsätzlich das Prinzip des Multilateralismus.

Auch die *Millennium Development Goals* (MDGs), die ein Schwerpunktthema in New York waren, machten der Aktionsplattform von Peking den Rang streitig. Im Jahr 2000, als sie als entwicklungspolitische Programmatik von den UN verabschiedet wurden, mischte sich die *Global Women's Lobby* nicht ein, weil sie mit der Peking+5-Bilanz beschäftigt war und die Bedeutung der MDGs unterschätzte. Nun sah sie sich damit konfrontiert, dass die MDGs, denen sowohl der Menschen-/Frauenrechtsbezug als auch das *Gender Mainstreaming* fehlt, der Aktionsplattform von Peking die Aufmerksamkeit und die finanziellen Mittel abziehen.

Den Netzwerken und NGOs aus der globalen Frauenbewegung, die sich in New York noch einmal zusam-



menfanden, fehlte es an Strategien und Instrumenten, um die Abwertung von Frauenpolitik bei den UN, das neokonservative Rollback, die neoliberale Kooptation und die Kluft zwischen Rechtsansprüchen und Rechtswirklichkeit von Frauen wirksam zu kontern.

Aus der Perspektive von 2005 hat die globale Frauenbewegung durch ihre Partizipation an *Global Governance* signifikante Thematisierungs- und Demokratiegewinne gemacht, aber auch einen hohen Preis gezahlt: Autonome Positionen sind kaum mehr erkennbar, Frauenpolitik ist durch institutionelle Verfahrenstechniken entpolitisiert und entradikalisiert worden, kritische Begriffe und emanzipatorische Prozesse sind enteignet. Die Partizipations- und Inklusionsfortschritte waren Teil der neoliberalen Umstrukturierung von multilateraler Politik durch zivilgesellschaftliche Beteiligung und Konsensbildung. Wie die Märkte, so flexibilisierten sich auch politische Systeme durch Öffnung. Bei der Peking+10-Konferenz stellten die früher transformationsorientierten Netzwerke am Ende einer 30jährigen Reise von den Rändern internationaler Politikfelder hinein in die Zentren fest, dass sie es zunehmend versäumt hatten, die Machtfrage zu stellen, mit der sie aufgebrochen waren: „*We are no more agents of change*“ (Wichterich 2005, Abeysekara 2004).

Es wäre zu einfach, die Verstrickungen der transnationalen Frauennetzwerke auf politische Vereinnahmung zu reduzieren. Vielmehr setzten sich in diesen 30jährigen Prozess Mechanismen der Gouvernamentalität im Foucaultschen Sinne durch, die Regulierung von außen in Selbstregulierung übersetzen. Sie bilden einen neoliberalen Konsens auf internationaler Ebene und schaffen damit neue Formen der Vergesellschaftung und der Hegemonie (Charkiewicz 2004). Transnationale Frauennetzwerke bleiben in diesem Prozess zwar an den Rändern der Macht, aber sind gleichzeitig integrierter Teil des neuen *Mainstreams*. In diesem Kontext wurden das *Gender Mainstreaming* und das liberale Frauen-/Menschenrechtskonzept immer heftiger als nur integrative Instrumente kritisiert (Barton 2004).

So stand am Ende des 30jährigen Projekts der Internationalisierung von Frauenpolitik und der Globalisierung von Frauenrechten die Forderung nach einer Repolitisierung und Reradikalisierung von feministischer und Geschlechterpolitik und nach einer „Rekonzeptionalisierung des feministischen Projekts auf der Grundla-

ge der Intersektionalität von multipler Unterdrückung“ durch Klasse, ethnische Herkunft, Alter, sexuelle Orientierung etc. (Barton 2004, für Afrika McFadden 2004). Drängend stellte sich die Frage, ob die *Global Women's Lobby* die Vereinten Nationen, wo sie in den vergangenen 30 Jahren so viel Terrain und Anerkennung erobert hatte, als Handlungsraum aufgeben sollte.

### Neue Bewegungsansätze und Globalisierung von unten

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verloren die Vereinten Nationen als internationale menschenrechts- und friedensorientierte Regulierungsinstanz in dem Maße an Bedeutung und Glaubwürdigkeit wie andere supranationale Steuerungsinstanzen, wie die neu gegründete Welthandelsorganisation (WTO), die internationalen Finanzinstitutionen und *Global Players* in der Privatwirtschaft, transnationale Konzerne, ihre Einflussmacht auf *Global Governance* Regime ausbauen konnten. Entsprechend dieser neoliberalen Verschiebung von Machtkoordinaten und der turbokapitalistischen Penetration aller gesellschaftlichen Bereiche beschäftigte sich eine wachsende Zahl von Expertinnen und Frauenorganisationen mit makro-ökonomischen Themen und richtete sich an die „wirklich mächtigen Institutionen“ (WIDE 1999, Kerr 1999).

Die WTO baute mit einem zunehmend komplexen System von multilateralen Freihandelsabkommen ein ungleich steuerungs- und sanktionsmächtigeres Regime von *Global Governance* auf als die Vereinten Nationen mit ihrem Menschenrechts-, Sicherheits- und Entwicklungsregime. Deshalb nahmen globalisierungskritische Netzwerke und NGOs aus der globalen Frauenbewegung den Kampf gegen ein multilaterales Investitionsabkommen bei der WTO zum Anlass, sich in die neue globale Gerechtigkeitsbewegung einzuklinken und sich an den Weltsozialforen zu beteiligen. Aufgrund der Erfahrungen der beschränkten Erfolge der kräftezehrenden Lobby- und Partizipationsstrategien schlug das Bewegungsspendel wieder in Richtung auf Protest, konfrontative Methoden und autonome Selbstverständigung aus. Ziel war nicht mehr Mitmacht an der multilateralen Verhandlungskultur zu erlangen, sondern Gegenmacht aufzubauen wie bei der WTO-Ministerkonferenz 1999 in Seattle (Harcourt 2006).



Auf nationaler wie auf internationaler Ebene veränderten sich die politischen Praktiken und feministischen Kämpfe, gleichzeitig aber auch das Verständnis von Frauenbewegung. So erklärte eine Frauenbewegte aus Argentinien: »Wir verstehen Mobilisierung nicht mehr im klassischen Sinne der 1970er Jahre, sondern versuchen, Kerne von Frauenzusammenhängen aufzubauen, z. B. durch Informationsaustausch und Zugang zu Ressourcen als Grundsteine für eine selbstorganisierte politische Frauenarbeit« (zitiert in: Rodenberg/Wichterich 1999). Gleichzeitig stellt sich im Bewusstsein der Globalisierung vieler Problemkonstellationen die Alternative von entweder lokalen oder globalen Aktivitäten gar nicht, sondern nur die Frage, wie das Lokale und Globale von Bewegungen zu verknüpfen ist, um Synergien zu erzeugen: „*International work that is not rooted in community priorities risks becoming abstract and irrelevant to most women... and dominated by elites*“ (zitiert in: Barton 2004:161).

Ein Signal für eine andere politische Strategie transnationaler Vernetzung setzten Frauen im Jahr 2000 mit einem Weltmarsch (Olympe 2000). Gegen den Trend, dass Frauen ihre Interessen in Institutionenpolitik einfüdeln statt autonome Politik zu machen, eroberte der Weltmarsch der Frauen zunächst einmal die Straße als öffentlichen Raum für Frauenpolitik zurück. Damit wollten Frauenaktivistinnen ihr eigenes Großereignis schaffen und ihre Themen selbst bestimmen statt nach dem UN-Kalender und dessen Themenvorgaben von einer Konferenz zur nächsten zu eilen. Ausgehend vom Lokalen beteiligten sich am Weltmarsch mehr Frauen als die privilegierte Schar von UN-Konferenz-Touristinnen. In den dezentralen Demonstrationen und Aktionen in 160 Ländern wurde Vielfalt bestärkt und gleichzeitig zwei gemeinsame Nenner identifiziert: der Kampf gegen Armut und gegen Gewalt gegen Frauen. Mit dem Slogan „gemeinsam und verschieden“ fungierte die Kritik an der Globalisierung dabei als zentrale Koordinate. Als globales Ereignis wurde der Weltmarsch ein Mobilisierungserfolg, fand jedoch wenig Aufmerksamkeit in den Medien und bei anderen sozialen Bewegungen.

Bei der „Globalisierung von unten“ übernahmen Frauen an der Basis eine zentrale Rolle an strategischen Fadenkreuzen der Kämpfe gegen das globalisierte neoliberale Regime und transnationale Konzerne (Mies 2002, Rowbotham/Lonkogle 2001, Naples/Desai 2002, Wichterich 2003b). Sie bilden die Mehrheit derjenigen,

die in der südafrikanischen Anti-Privatisierungsbewegung gegen die Einführung hoher Nutzungsgebühren für Wasser und Strom und gegen die Privatisierung der Versorgungsleistungen protestierten. In Nigeria und Indien leisteten sie Widerstand gegen die Aneignung lokaler Ressourcen durch transnationale Konzerne wie Shell, Coca Cola und Monsanto. In Lateinamerika machten Frauen gegen das pan-amerikanische Freihandelsabkommen FTAA mobil. Kleinbäuerinnen organisieren sich bei *Via Campesina* und in Landbesetzungsbewegungen, um ihr Recht auf Land, Biodiversität und Saatgut zu sichern und gegen private Landnahme, die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und die Patentierung zu verteidigen.

Wo Feministinnen oder Frauenorganisationen sich in die neuen soziale Bewegungen einbringen, sind sie erneut gezwungen, sich Raum in den Führungsgremien, bei öffentlichen Veranstaltungen und in Publikationen zu sichern, damit sie von männerdominierten Strukturen nicht erneut an den Rand gedrängt oder zum Fußvolk der Bewegung degradiert werden. Der 1992 auf dem Globalen Forum in Rio de Janeiro geschlossene „Welt-Frauen-Vertrag für NGOs“, mit dem gemischte NGOs sich auf ein *Mainstreaming* und ein „Gleichgewicht der Geschlechter“ innerhalb der Zivilgesellschaft verpflichteten, vermochte die Geschlechterasymmetrien in der politischen NGO-Szene nicht nachhaltig zu verändern – auch nicht in den neuen globalisierungskritischen Netzwerken (Barton 2004).

In transnationalen Kampagnen werden „lokale Kämpfe mit transnationaler Politik verknüpft“ (Naples/Desai 2002). In *Slum Dwellers International* kämpfen vor allem Frauen für ein Dach über dem Kopf und gegen Vertreibung durch Modernisierung der Städte oder Großprojekte. Die transnationale Friedensbewegung *Frauen in Schwarz* stellte in ihren Protesten gegen den Irak-Krieg den Zusammenhang zwischen dem wachsenden Militarismus und den neuen Kriegen zur Durchsetzung neoliberaler Hegemonie und der konzerngesteuerten Aneignung von Ressourcen her. Initiativen gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution intensivierten ihre transnationale Vernetzung. In den Kampagnen für Saubere Kleidung (*Clean Clothes Campaign*) und gegen *Sweatshops* kämpft ein Bündnis von gewerkschaftlichen Gruppen, Menschenrechts- und VerbraucherInnenverbänden und kirchlichen Organisationen aus Export- und Importländern für existenzsichernde Löhne und



Einhaltung der Kernarbeitsnormen in der Exportproduktion und der gesamten Handelskette. In neuen gewerkschaftsähnlichen Organisationen im informellen Sektor wie *Streetnet*, *Homenet* oder in Netzwerken von Hausangestellten und Migrantinnen streiten die Marginalisierten für elementare soziale und ökonomische Rechte jenseits von Staatsbürgerschaft (Naples/Desai 2002, Wichterich 2003b, Majo 2005). Ziel ist eine Zählung des globalisierten neoliberalen Regimes, um seine negativsten Auswirkungen u. a. auf Frauen zu vermeiden, zu mildern oder sie zu kompensieren und damit die Globalisierung sozialer, humaner, frauengerechter oder ökologischer zu gestalten. Shalini Randeria nennt dies Ansätze zu einer „kontra-hegemonialen Globalisierung“ (Klingebiel/ Randeria 1998:24), Manisha Desai sieht „verstreute Gegenhegemonien“ entstehen (2002:32).

Neben diesen Formen der Globalisierung des Widerstands an der Basis, die mit der Straße auch Sichtbarkeit für Frauen erobern, setzten andere Frauenaktivistinnen erneut auf eine Strategie der Politikintervention, indem sie Taktiken von Drinnen und Draußen verbinden. In einem Spagat zwischen Bewegungspolitik und der Politik internationaler Institutionen übersetzen internationale und regionale Netzwerke die Proteste von Frauen an der Basis in Forderungen und direkten Lobbydruck auf die *Global Players*. *Gender Budget* Initiativen in über 40 Ländern schlüsseln die Einnahme- und Ausgabepolitik von Staatshaushalten geschlechtsdifferenzierend auf (UNIFEM 2002). Expertinnen des internationalen Netzwerks *Diverse Women for Diversity* setzten bei den Verhandlungen von Konventionen und Abkommen zu Biodiversität, Patentrechten und Ernährungssicherung mit dem Vorsorgeprinzip eine Stärkung nationaler Regierungen gegenüber Konzernen und ihren Handelsrechten durch. *International Gender and Trade Network* (IGTN) und *Women in Development Europe* (WIDE) konzentrierten sich in den vergangenen Jahren auf den Zusammenhang von Handel, Entwicklung und Gender, vor allem auf die Freihandelsabkommen der WTO und der EU. Dabei gilt für die WTO als neues Terrain der Einmischung, dass der Grad von Transparenz, Demokratisierung und Partizipation viel geringer ist als bei den Vereinten Nationen. Frauennetzwerke sehen sich genötigt, die kleinen pragmatischen Schritte der Sichtbarmachung, der Erstreitung von Zugängen und Kämpfe gegen Ausgrenzung erneut aufzurollen.

Die unterschiedlichen strategischen Handlungsansätze bewegen sich auf einer Skala zwischen Gegenwehr von unten und Einflussnahme auf nationale oder globale *Governance*. Dieser mehrdimensionale Kampf gegen Ungerechtigkeiten setzt die Politik für Anerkennung und Umverteilung fort (Fraser 2001), dabei hat sich jedoch der Fokus erneut auf Umverteilung und transformatorische Ziele verschoben: Umverteilung von Ressourcen, Wohlstand, menschlicher Sicherheit und Arbeit und von politischer Entscheidungs- und kultureller Definitionsmacht. Angestrebt ist der Aufbau von Gegenmacht statt von Mitmacht, das Öffentlich-Machen von Gegenexpertise zur neoliberalen Sachzwanglogik statt die Produktion von anschlussfähigem Wissen.

Beim 2. Weltsozialforum 2002 in Porto Alegre erweiterten Leliana Celibert und Virginia Vargas noch einmal das Verständnis von Frauenbewegungen und Feminismen im „Deutungsrahmen“ Globalisierung: Nicht mehr als „vereinte Akteurinnen“ oder als „globale feministische Schwesternschaft“ verstehen sie sich, sondern als „weites diverses Akteurinnenfeld in ständiger Veränderung“ (Celibert/Vargas 2002: 13). Sonia Alvarez nimmt die neuen sozialen Bewegungen als diskursive, heterogene Felder mit polyzentrischen Aktivitäten und mehreren alternativen Öffentlichkeiten wahr. „In diesem heterogenen Feld bestehen verschiedene Widerstandsformen. Die Orte politischer Intervention vervielfachen sich, wobei durch elektronischen Austausch der kollektive Wille von Tausenden verknüpft und koordiniert wird“ (ebd.). Entsprechend werden gemeinsame Nenner zunehmend breiter und vage. So fand sich beim Weltsozialforum in Porto Alegre eine Allianz von Frauenorganisationen unter dem Kampagnenmotto: „Gegen Fundamentalismen, die Menschen sind fundamental!“ zusammen. Daraus entwickelten sich die *Feminist Dialogues* als diskursives Forum, das jeweils im Vorfeld des Weltsozialforums abgehalten wird (Santiago 2004). Das derzeit im Aufbau befindliche *European Feminist Forum* will ost- und westeuropäische Frauen in „Affinitätsgruppen“ zusammenführen, die eine begrenzte Zeit ein spezifisches Thema bearbeiten sollen. War das Vehikel transnationaler Organisation in den 1980er Jahren die Solidarität, in den 1990er Jahren eine Politik von Identitätsbildung und Zugehörigkeit, so ist es jetzt die Affinität, die verwandtschaftliche Verbundenheit. Diese terminologische Entwicklung zeigt die Differenzierung, Spezialisierung und Fragmentierung transnationaler Kooperation von Frauen.



Formalisierte oder zentralistische Strukturen passen nicht zu diesem Organisationsverständnis, in dem Ansätze und Methoden, drinnen und draußen, protest-, wissens- und *advocacy*-orientierte Strategien verknüpft werden. Dies alles hat nicht mehr das Format früherer sozialer Bewegungen und auch nicht das der globalen Frauenbewegung der 1990er Jahre. Von einem Ende der globalen Frauenbewegung schlechthin zu sprechen, würde jedoch an diesen neuen Realitäten von Organisation, Vernetzung und Bewegtheit vorbeigehen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die zyklische Dynamik von Aktivismus und Ruhephasen, von Expansion und Kontraktion, der alle Bewegungen unterliegen, auch die globale Frauenbewegung erfasst hat.

ganisierung von Frauen lassen sich signifikante Veränderungen feststellen. Sie sind abhängig von politischen und ökonomischen Kontexten auf der nationalen wie auch der internationalen Ebene, aber auch von Macht-konstellationen und Handlungsmöglichkeiten in der institutionalisierten Politik. Nach einer ersten konfliktreichen Phase der Annäherung und des Austauschs war 1985 transnationale Solidarisierung das tragende Motiv für eine neue Phase der themenspezifischen Vernetzung. Dies mündete Anfang der 1990er Jahre in eine strategische Verschwisterung und strategische Konsensbildung jenseits von Differenzen und partikularen Identitäten mit einer Zielorientierung darauf, als neues politisches Kollektivsubjekt Einfluss auf die Konstituierung von

	Handlungs-Felder	Frauen-/Gender-politische Kategorien	Master Frame
1975/85	UN-Dekade der Frau: NGO-Foren & UN-Konferenzen	Diskriminierung - Women in Development (WID) Empowerment	Entwicklung
1985			
1991-95	Miami-Kongress -> autonome Position, danach Fokus auf UN-Dokumente	Gewalt - Gender and Development (GAD)	Frauen-/Menschenrechte
nach 1995	nationale Umsetzung von UN-Aktionsplänen	Gender Mainstreaming	
2005	Dezentral, lokal & global, WTO & Weltsozialforen		Globalisierungskritik

Nicht mehr die Konstruktion *eines* politischen Handlungssubjekts auf Basis einer strategischen Geschlechtsidentität bestimmt globale Frauenbewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sondern ein Geflecht großer und kleiner Koalitionen, transnational vernetzte, synergetische Handlungsstränge, dezentrale, komplementäre Aktionen und strategische Allianzen lokaler, nationaler und internationaler Frauenorganisationen entlang multipler feministischer Interessen und Positionen. Ihre Wege sind ein Patchwork in einem Spannungsbogen zwischen Herrschaftskritik, Emanzipation und Geschlechtergleichheit.

## Resümee

Entlang der 30jährigen Zeitschiene von zunächst internationaler, dann transnationaler und globaler Or-

*Global Governance* nehmen zu können. Je stärker die globale Frauenbewegung wurde, die sich als ein Handlungszusammenhang um die Achse der großen UN-Konferenzen bildete, desto vielfältiger wurde sie und desto mehr gewannen verschiedene Identitätspolitiken gegenüber der strategisch konstruierten Geschlechtsidentität an Bedeutung. Seit Ende der 1990er Jahre erodierte der Zusammenhalt durch die Politik des Möglichen bei den UN, und eine Umorientierung auf neue Handlungsfelder fand statt: Einerseits kam es zu einer Relokalisierung und Dezentralisierung des Bewegungsaktivismus, andererseits entstanden neue Bezugspunkte, nämlich die WTO als *Global Player* und die Weltsozialforen. Affinität wird nun zum Stichwort für temporäre, flexible Formen von Mobilisierung und Allianzen.

Die drei hier unterschiedenen Phasen in der 30jährigen Geschichte internationaler Frauenpolitik sind nicht



trennscharf gegeneinander abgrenzbar, stattdessen verschieben und verschachteln sich Diskurse, Ziele und Strategien ineinander. Entwicklung als Metapher für die Anpassung aller Ökonomien an neoliberale Marktzwänge und die Modernisierung gesellschaftlicher Verhältnisse ist ein Leitthema, das als *Master Frame* für *Global Governance* immer wieder auftaucht und bis zu den MDGs eine globale Diskurshoheit beansprucht.

Dem wurde das Frauen-/Menschenrechtsparadigma als normativer Referenzrahmen entgegengesetzt, das als neuer *Master Frame* die neue internationale Frauenbewegung primär zu einer Frauenrechtsbewegung machte. Ihr Ziel war eine Moralisierung von Politik durch Normsetzungen bei den UN. Dabei wurde der bislang zentralen Kategorie zur Erklärung von Geschlechterungleichheit, der Diskriminierung, die Kategorie der Gewalt hinzugefügt. Damit gelang es transnationalen Netzwerken, bisher Unbenanntes zu benennen und auf die internationale politische Agenda zu setzen, Frauenrechte in UN-Dokumenten normsetzend zu verankern, Anerkennung als politische Akteurinnen zu gewinnen.

Die Wirkung dieses Erfolgs ist jedoch ambivalent. Partizipation zivilgesellschaftlicher Kräfte an multilateraler Politik bedeutete nämlich nicht automatisch ein Zugewinn an Entscheidungs- und Gestaltungsmacht in den *Global Governance* Regimen, Normsetzung in UN-Dokumenten führte nicht geradlinig zur Globalisierung von Frauenrechten, Wahrnehmungs- und Thematisierungserfolge bewirken keineswegs zwangsläufig eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Das Boomerang-Konzept – Frauen holen sich Rechte für die lokale und nationale Ebene über den Umweg der internationalen Ebene – geht nicht so einfach auf. Der Preis für die politische Kooperation und Integration in die UN-Konsense ist, dass ursprünglich emanzipatorische Konzepte ihren herrschaftskritischen Biss verlieren, dass protestdämpfende und entradikalisierende Effekte eintreten, weil die Machtfrage an den Verhandlungstischen nicht mehr gestellt wird und transformatorische Ziele zurückgenommen werden müssen.

Deswegen orientierten sich transnationale Frauennetze seit Ende der 1990er Jahre organisatorisch, stra-

	Motiv für Organisierung	Netzwerktypus	Strategien
1975-85	Austausch und Informationsvermittlung	Verständigung durch Auseinandersetzung	
1985	Solidarisierung	themen- und projektbasiert, bewegungsnah	Vernetzung
1991	Strategische Verschwi-terung	Advocacy & wertebasiert, hybride Identität von Bewegtheit & Beratung	Advocacy, Kampagnen, Skandalisierung, Politikbeeinflussung
1995	Vielfalt als Stärke, Identitätspolitik	Wissensbasiert, professionell	Lobbying & Partizipation - Boomerang
2005	Affinität	Wechselnde Koalitionen	Glokalität, Aufbau von Gegenmacht, Suche nach Alternativen

Der Wechsel von Frauen zu Gender, von WID zu GAD, sowie *Gender Mainstreaming* als institutionelles Verfahren weckten die Hoffnung, dass jenseits bloßer Defizitanalysen von Frauen strukturelle Verhältnisse als Machtverhältnisse in den politischen Blick geraten würden.

teigisch und thematisch erneut um. Sie klinkten sich in die globale Gerechtigkeitsbewegung ein, die als neuen Deutungs- und Zielrahmen eine umfassende Globalisierungs- und Neoliberalismuskritik formulierte.



In diesem Kontext organisieren sich transnationale Verbindungen und Netze von Frauen dezentral und global, d.h. mit starken Korrespondenzen zwischen Kämpfen auf der mikro- und der makropolitischen und -ökonomischen Ebene. Sie wahren Autonomie und sind gleichzeitig bündnisfähig. Ziel ist die Refokussierung auf transformatorische Potentiale und den Anspruch, emanzipatorische Geschlechterpolitik mit Umverteilung und Systemveränderung zu verbinden.

### Fragen zum Text

1. Haben Frauen auf Grund ihres Geschlechts eine gemeinsame Identität? Wodurch werden kollektive Identitäten gebildet, wenn nicht durch das Geschlecht?
2. Ist es politisch sinnvoll, in bestimmten Situationen eine strategische Identität zu konstruieren? Ist es überhaupt möglich angesichts der vielen Unterschiede zwischen Frauen? Was kann Grundlage transnationaler Frauensolidarität sein?
3. Ist es sinnvoll, so viele frauen- und geschlechterpolitische Energien auf Lobbying und Normsetzung bei den Vereinten Nationen zu verwenden?
4. Haben Sie irgendwo einen „Boomerang-Effekt“ beobachtet, der bewirkte, dass eine nationale Regierung Normen oder Aktionspläne der Vereinten Nationen umsetzt, die zuvor von zivilgesellschaftlichen Netzwerken beeinflusst oder erstritten wurden?
5. Was betrachten Sie als die wichtigsten Veränderungen in den hier analysierten Frauenbewegungen seit den 1970er Jahren?
6. Was halten Sie für die wichtigsten Fortschritte oder frauen- und geschlechterpolitischen Erfolge, die auf der internationalen Politikebene in dieser Zeit erzielt werden konnten?
7. Inwieweit konnte die Ausgrenzung von Frauen aus dem Politischen in diesen Perioden überwunden werden?
8. Wie schätzen Sie in Bezug auf die Beeinflussung von *Global Governance* Regimen die Strategien von Protest, Lobbying, Mainstreaming und Partizipation ein?

Welche Vorteile und Grenzen haben die einzelnen Strategien? Haben sie auch transformatorische Potentiale?

9. Ist der Frauen-/Menschenrechtsansatz ein geeignetes Instrument zur Beeinflussung von *Global Governance*? Wo liegen seine Probleme?
10. Wo sehen Sie zukünftige Handlungsfelder, Chancen und Strategien von globalen Frauenbewegungen?

### Literatur

Abeysekara, Sunila (2004): Social Movements, Feminist Movements and the State: A Regional Perspective, in: *ISIS: Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, 34-50.

Agarwal, Bina (1996): From Mexico 1975 to Beijing 1995, in: *Indian Journal of Gender Studies*, Vol 3 No 1, 87-92.

Alvarez, Sonia (2000): Der Boom feministischer Nicht-Regierungsorganisationen in Lateinamerika, in: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): *Geschlecht und Macht. Jahrbuch Lateinamerika – Analysen und Berichte 24*, Münster, 37-54.

Dies. (2000a): Translating the Global: Effects of Transnational Organizing on Local Feminist Discourses and Practices in Latin America. *Meridians* 1(1), 29/67.

Antrobus, Peggy (2004): *The Global Women's Movement*, London.

Asia Pacific Development Centre (APDC) (1992): *Women, environment and development. Issues in Gender and Development*, Special Issue No.4, September, Kuala Lumpur.

Barton, Carol (2004): *Global Women's Movements at a Crossroads: Seeking Definition, New Alliances and Greater Impact*, in: *Socialism and Democracy*, Vol 18, No 1, 151-184.

Basu, Amrita (1995): *The Challenge of Local feminisms. Women's Movements in Global Perspective*, Colorado.



Dies. (2000): Globalization of the Local/Localisation of the Global: Mapping Transnational Women's Movements. *Meridians* 1 (1), 68/84.

Bojadzije, Manuela/Grimm, Sabine (1996): I'm not a Sister. Ein Interview mit Gayatri Chakravorty Spivak, in: *Texte zur Kunst*, 6.Jgg, Nr.24, 73-81.

Brand, Ulrich/ Alex Demivoric/ Christoph Görg/ Joachim Hirsch (Hrsg.) (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster.

Bunch, Charlotte (1990): Women's Rights as Human Rights: Toward a Re-vision of Human Rights, in: *Human Rights Quarterly*, Vol 12, No 4., 484-498.

Bunch, Charlotte/ Niamh Reilly (eds.) (1994): Demanding Accountability: The Global Campaign and Vienna Tribunal for Women's Human Rights, New Jersey/ New York.

Bunting, Annie (1996): Zur kulturellen Verschiedenartigkeit von Frauen in internationalen Menschenrechtsstrategien von Feministinnen, in: Lenz, Ilse; Germer, Andrea, Hasenjürgen, Brigitte (Hg.): *Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive*, Opladen, 130-152.

Butegwa, Florence (1995): International Human Rights Law and Practice: Implications for Women, in: Schuler, Margaret (Hg.), *From Basic Needs to Basic Rights: Women's Claim to Human Rights*, Washington, 27-39.

Celibert, Lilian/ Virginia Vargas (2002): Feminists at the Forum, in: *Marcosur Feminist Articulation: your mouth is fundamental against fundamentalisms*, Montevideo, S.11-25.

Charkiewicz, Ewa (2004): Beyond Good and Evil. Notes on Global Feminist Advocacy, in: *ISIS, Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, 50-62.

CLADEM (1998): Declaration of Human Rights from a Gender Perspective, Lima.

Commission on Global Governance (1995): *Our Global Neighbourhood*, Oxford.

Cook, Rebecca (ed.) (1994): *Human Rights of Women. National and International Perspectives*, Philadelphia.

DAWN (1985): *Development, Crisis, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives*, Stavanger.

Dies. (1995): *Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development*, Barbados.

Desai, Manisha (2002): Transnational Solidarity. Women's Agency, Structural Adjustment, and Globalization, in: Naples, Nancy/ Manisha Desai (eds.) (2002): *Women's Activism and Globalization*, New York/London, 15/34.

Dorsay, Ellen (1997): The Global Women's Movement: Articulating a New Vision of Global Governance, in: Diehl, Paul (ed.): *The Politics of Global Governance. International Organization in an Interdependent World*, Boulder, 335-359.

Elson, Diane (2007): The Changing Economic and Political Participation of Women: Hybridization, Reversals and Contradictions in the Context of Globalization, in: Lenz, Ilse/ Ullrich, Charlotte/ Fersch, Barbara (Hg.) (2007): *Gender orders unbound: Globalisation, restructuring and reciprocity*, Opladen (im Erscheinen).

Francesco, Gigi (2002): WAA2015 Initiative Needs to Be Bold, in: *DAWN informs*, May 2002, 8f.

Fraser, Nancy (1996), Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem. Ein post-industrielles Gedankenexperiment, in: Nagl-Docekal, H.; Pauer-Studer, H. (Hg.), *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*, Frankfurt, 469-498.

Dies., (2001): Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in post-sozialistischer Zeit, in: Dies.: *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt, 23-66.

Friedman, Elisabeth (1995): Women's Human Rights: The Emergence of a Movement, in: Peters, Julie; Wolper, Andrea (Hg.): *Women's Rights, Human Rights. International Feminist Perspectives*, New York/London, 18-35.

Gallagher, Anne (1997): *Ending the Marginalization*:



Strategies for Incorporating Women into the United Nations Human Rights System, in: *Human Rights Quarterly* 19, S.283-333.

Goetz, Anne Marie (Hg.) (1997): *Getting Institutions Right for Women in Development*, London/New York.

Görg, Christoph/ Brand Ulrich (Hrsg.) (2002): *Mythen globalen Umweltmanagements, Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*, Münster.

Grewal, Inderpal/Kaplan, Caren (eds.) (1994): *Scattered Hegemonies: Postmodernity and Transnational Feminist Practices*, Minneapolis.

Harcourt, Wendy (2006): *The Global Women's Rights Movement. Power Politics around the United Nations and the World Social Forum*, UNRISD, Geneva.

Harding, Sandra (1995): *Just add women and stir*, in: *International Development Research Centre: Missing Links. Gender Equity in Science and Technology for Development*, Ottawa, 295-309.

Heinrich-Böll-Stiftung/DGVN (2000): *Die großen UN/Konferenzen der 90er Jahre / eine frauenpolitische Bilanz. Dokumentation der Veranstaltungsreihe, Sommer 2000*, Berlin.

Held, David (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*, London.

Hernandez, Zoila (1998): *Je größer das Netz, desto kleiner die Bewegung*, in: *ila Nr.220*, S.4-7.

Hirsch, Joachim (2001): *Des Staates neue Kleider: Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates*, in: *Ulrich Brand u.a.(Hrsg): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster, 13-43.

Holland-Cunz, Barbara; Uta Ruppert (Hg.) (2000), *Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungserfahrungen im internationalen Kontext*, Opladen.

Holthaus, Ines (1996): *Frauenmensenrechtsbewe-*

*gungen und die Universalisierung der Menschenrechte*, in: *Peripherie* 61, 6-23.

Holthaus, Ines; Klingebiel, Ruth (1998), *Vereinte Nationen – Sprungbrett oder Stolperstein auf dem langen Marsch zur Durchsetzung von Frauenrechten?* In: *Klingebiel, R./Randeria, S. (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht*, Bonn, 34-66.

Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Ithaka.

Kerner, Ina (1999): *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Ein Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes*, Hamburg.

Kerr, Joanna (Hg.) (1993): *Ours by Right: Women's Right as Human Rights*, London.

Khan, Nighat Said (2002): *The Impact of the Global Women's Movement on International Relations: Has it Happened? What has Happened?* In: *Braig, Marianne/Wölte, Sonja: Common Ground or Mutual Exclusion? Women's Movements in International Relations*, London/New York, 35-46.

Klingebiel, Ruth; Shalini Randeria (Hg.) (1998): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn.

Lachenmann, Gudrun (1996): *Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking – internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer globalen Zivilgesellschaft?* Working Paper No 251, Bielefeld.

Lenz, Ilse (1996): *Grenzziehungen und Öffnungen: Zum Verhältnis von Geschlecht und Ethnizität zu Zeiten der Globalisierung*, in: *Lenz, Ilse; Germer, Andrea, Hasenjürgen, Brigitte (Hg.): Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive*, Opladen, S.200-229.

Marx-Ferree, Myra (2007): *In-line identities and organizational connections: Networks of transnational feminist websites*, in: *Lenz, Ilse/ Ullrich, Charlotte/ Fersch, Barbara (Hg.) (2007): Gender orders unbound:*



Globalisation, restructuring and reciprocity, Opladen (im Erscheinen).

Mayo, Marjorie (2005): *Global citizens. Social Movements & the Challenge of Globalization*, Toronto/London.

McFadden (2004): *Why Feminist Autonomy Right now?* in: *ISIS, Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, 65-72.

Meyer, Mary K./ Prügl, Elisabeth (Eds.) 1999: *Gender Politics in Global Governance*, Boulder.

Mies, Maria (2002): *Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne*, Hamburg.

Moghadam, Valentine (2005): *Globalizing Women. Transnational Feminist Networks*, Baltimore.

Mohanty, Chandra Talpade (1988): *Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse*, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 23, S.149-163.

Molyneux, Maxine/ Razavi, Shazia (eds.) (2002): *Gender Justice, Development and Rights*, Oxford.

Morgan, Robin (1984): *Sisterhood Is Global, The International Women`s Movement Anthology*. Garden City, N.Y.

Naples, Nancy/ Manisha Desai (eds.) (2002): *Women`s Activism and Globalization*, New York/London.

Neuhold, Brita (2000): *Forward Looking – Backward*, in: *Frauensolidarität* 71, 1/00, 2-5.

Olympe 13, (2000): *Marche mondiale des femmes. Exploration – ein Mosaik*, Zürich.

Oxfam (1994): *Focus on Gender. Perspective on Development*, Vol 2, No3.

Parpart, Jane (2002): *Lessons from the Field: Re-thinking Empowerment, Gender and Development from a Post-(Post-?)Development Perspective*, in: Saunders, Kriemhild (ed.): *Feminist Post-Development Thought*, London/New York, 41-57.

Pansieri, Flavia (2000): *Global Governance for the Promotion of Local Governance. The Case of CEDAW*, in: Barbara Holland-Cunz/Uta Ruppert (Hg.), *Frauenpolitische Chancen globaler Politik*, Opladen, 105-117.

Pateman, Carol (1988): *The Sexual Contract*, Cambridge.

Petchesky, Rosalind; Judd, Karen (Hg.) (1998): *Negotiating Reproductive Rights*, London/New York.

Pietilä, Hilikka; Vickers, Jeanne (1996): *Making Women Matter. The Role of the United Nations*, London/New Jersey.

Pietilä, Hilikka (2002): *Engendering the Global Agenda. The Story of Women and the United Nations*, Geneva/New York.

Rodenberg, Birte (1999): *Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung. Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos*, Bielefeld.

Rodenberg, Birte/Wichterich, Christa (1999): *Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland*. Berlin.

Rosenau, James/Czempiel, Ernst-Otto (Eds): *Governance Without Government: Order and Change in World Politics*, Cambridge.

Roth, Roland (2005): *Transnationale Demokratie. Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs*, in: Brunnengräber, Achim/ Klein, Ansgar/Walk Heike (Hrsg.): *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*, Bonn, 80-129.

Rowbotham, Sheila/Linkogle, Stephanie (eds.) (2001): *Women resist Globalization. Mobilizing for Livelihood and Rights*, London/New York.

Rowhani, Inge (1986) *Resümee zum Ende der Dekade der Frauen*, in: *New Internationalist* (Hg.): *Frauen – ein Weltbericht*, S.337-349.

Rucht, Dieter (1996): *Multinationale Bewegungsorganisationen: Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9/2, 1996, S.30-41.



Ruf, Anja (1996): Weltwärts, Frauen! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft, Bonn.

Ruppert, Uta (Hg.) (1998): Lokal bewegen – global verhandeln, Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York.

Dies. (2000): Global Governance: Das Ende der Illusionen oder ein neues Ideal internationaler Frauenpolitik? In: Holland-Cunz, Barbara; Uta Ruppert (Hg.) (2000), Frauenpolitische Chancen globaler Politik, Op-laden, 45-67.

Dies. (2002): Global Women's Policies: Towards the Globalization of Women's Human Rights? In: Braig, Marianne/Wölte, Sonja: Common Ground or Mutual Exclusion? Women's Movements in International Relations, London/New York, 147-160.

Dies. (2005): Die bessere Hälfte transnationaler Zivilgesellschaft? Frauen-NGOs und die Politik der FrauenMenschenrechte, in: Brunnengräber, Achim/ Klein, Ansgar/Walk Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn, 214-242.

Santiago, Mari (2004): Building Global Solidarity through Feminist Dialogues, in:

ISIS: Women in Action. Examining feminist and social movements, Manila, 10-20.

Sassen, Saskia (1998): Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft, in: Prokla 111, S.199-217.

Sauer, Birgit (1998): Globalisierung oder das Ende des maskulinistischen Wohlfahrtskompromisses? in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 47/48, S.19-47.

Saunders, Kriemhild (ed.): Feminist Post-Development Thought, London/New York.

Schmidt-Häuer, Julia (1998): Feministische Herausforderungen an das herkömmliche Menschenrechtspadigma, in: Uta Ruppert (Hg.): Lokal bewegen – global verhandeln, Frankfurt/New York, S.130-156.

Scholz, Roswitha (2000): Das Geschlecht des Kapi-

talismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats, Bonn.

Schuler, Margaret (ed.) (1995): From Basic Needs to Basic Rights: Women's Claim to Human Rights, Washington.

Schunter-Kleemann, Susanne (1987): Schwesterliche Solidarität oder Machtpolitik? Weltfrauenkonferenz in Nairobi, in: Laudowicz, Edith (Hg): Befreites Land, Befreites Leben? Köln, S.287-298.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1996): ‚Woman‘ as theatre. United Nations Conference on Women, Beijing 1995, in: Radical Philosophy 75, S.2ff.

Taylor, Vivienne (2000): Marketisation of Governance. Critical Feminist Perspectives from the South, DAWN, Cape Town.

Tesfa, Wassy (1986): Bericht vom Treffen der nicht-staatlichen Frauenorganisationen. In New Internationalist (Hg.): Frauen - ein Weltbericht, Berlin, S.327-337.

Tomasevski, Katarina (1993): Women and Human Rights. London/New Jersey.

Turpin, Jennifer/Lorentzen, Lois Ann (Hg.) (1996): The Gendered New World Order. Militarism, Development, and the Environment, New York/London.

United Nations (1994): Discrimination against Women: The Convention and the Committee, Geneva.

UNRISD (2005): Gender Equality. Striving for Justice in an Unequal World, Geneva.

Vargas, Virginia (1994): El movimiento feminista latinoamericano: Entre la esperanza y el desencanto. in: León, Magdalena (Hg.): Mujeres y Participación Política. Avances y desafíos en América Latina. Santafe de Bogotá, 45-67.

Viezzer, Moema (1985): Wenn man mir erlaubt zu sprechen – Das Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens, Bornheim-Merten.

WEDO (2005): Beijing Betrayed. Women Worldwide



Report that Governments have failed to Turn the Platform into Action, New York.

Wee, Vivienne/Heyzer, Noeleen (1995): Gender, Poverty, and Sustainable Development. Toward a Holistic Framework of Understanding and Action, Singapore/New York.

Wichterich, Christa (1992): Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Köln.

Dies. (1995): Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit, Göttingen.

Dies. (1996): Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, Köln.

Dies. (2000a): „Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen“. Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr.5, Berlin.

Dies (2000b): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen, in: Ilse Lenz/ Michiko Mae/ Karin Klose (Hg): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen, 233-257.

Dies. (2001): From Passion to Profession? Mehr Fragen als Antworten zu Akteurinnen, Interessen und Veränderungen politischer Handlungsbedingungen der neuen internationalen Frauenbewegung, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1+2, 128-138.

Dies. (2003a): Transnationale Frauenpolitik und Partizipation als Elemente im neoliberalen Strukturwandel, in: Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver, Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des politischen, Münster, 302-316.

Dies. (2003b): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral. Hamburg.

Dies. (2005): Wo steht das Projekt der Globalisierung von Frauenrechten? In: Feministische Studien, 23.Jg, Nr.2, 328-330.

Wieringa, Saskia (Hg.) (1995): Subversive Women, London.

WIDE Bulletin (1998): Women's Economic and Social Rights, Brussels.

WIDE Bulletin (1999): Gender, Trade and Rights: Moving Forward, Brussels.

Wölte, Sonja (2002): Claiming rights and Contesting Spaces: Women's Movements and the International Women's Human Rights Discourse in Africa, in: Braig, Marianne/Wölte, Sonja: Common Ground or Mutual Exclusion? Women's Movements in International Relations, London/New York, 171-189.

Woodward, Alison (2001): Die McDonaldisierung der internationalen Frauenbewegung: Negative Aspekte guter Praktiken, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1+2, 29-45.

Yuval-Davis, Nira (2002): Citizenship, Identity and Belonging, in: May, S./Maddood, T./ Squires, J.(eds.): Nationalism, Ethnicity and Minority Rights, Cambridge.

Zwingel, Susanne (2001): Nur Gruppenbild mit Dame? Fraueninterventionen in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1+2, 108-128.

## Links

[www.un.org/womenwatch](http://www.un.org/womenwatch)

[www.dawnorg.org](http://www.dawnorg.org)

[www.wedo.org](http://www.wedo.org)

[www.igtn.org](http://www.igtn.org)

[www.wide-network.org](http://www.wide-network.org)

[www.cwgl.rutgers.edu](http://www.cwgl.rutgers.edu)

[www.awid.org](http://www.awid.org)



## Über die Autorin

Dr.rer.pol., Soziologin, arbeitet als freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie hat mehrere Jahre als Universitätsdozentin in Indien und im Iran und als Afrikakorrespondentin in Kenia gelebt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Gender, Frauenarbeit, internationale Frauenpolitik, Frauenbewegungen, Ökologie. Sie hat an wichtigen internationalen Konferenzen von der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi bis zur 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong teilgenommen. Ihre geographischen Arbeitsschwerpunkte sind Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. Sie ist im wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland und arbeitet bei *Women in Development Europe* (WIDE) mit.

## Weitere Veröffentlichungen

*Die globalisierte Frau.* Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, rororo aktuell, Reinbek bei Hamburg 1998 (*The Globalized Woman, Reports from a Future of Inequality.* Zed Books, London 2000. *La femme mondialisée, Actes Sud, Paris 1999*).

*Macht gewinnen* (Ko-Autorin Birte Rodenberg): Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Berlin 1999.

*Anerkennung, Rechte, Ressourcen.* Frauenorganisationen im informellen Sektor in Ländern des Südens, in: Prokla 117, (1999), S. 535-555.

*Große allgemeine Verunsicherung,* in: Marlies Fröse/Barbara Böttger/Ina Volpp-Teuscher (Hg.): *Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten. Neue Arbeitsformen und neue Widerstandsformen,* Frankfurt 1999, S.73-89.

*Gender matters,* in: Peripherie 77/78, 2000, S.51-75.

*Sichere Lebensgrundlagen statt effizienter Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht,* in: Christoph Görg/ Ulrich Brand (Hrsg.) *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“.* Münster 2002, 72-92.

*Ökologie und Nachhaltigkeit.* Eine Querschnittsstudie über Projekte der Heinrich Böll-Stiftung im Ausland (Ko-Autoren: Theo Mutter & Jochen Töpfer), Berlin 2002 .

*Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung.* Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2004.

*Ein entwicklungspolitischer Katechismus.* Die Millenniumsziele als globales Ethos unter neoliberalen Vorzeichen, in: iz3w 285, 2005, 20-23.

*Armutsbekämpfung und Frauenrechte,* in: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Jahrbuch 2004/05, Köln, 93-101.

*Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und Armut in der EU,* in: Social Watch Deutschland, Report 2005, Handeln statt Versprechen. Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, 33-38.

*Zur Demokratisierung von Arbeitsteilung und Arbeitsbewertung,* in: Exner, Andreas u.a.: *Losarbeiten – arbeitslos?* Münster, 2005, 32-41.

*Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus,* in: *Das Argument* 268, Grosser Widerspruch China, 48.jg., Heft 5/6, 2006, 143-151.